

Axel Schildt

»Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«¹

Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren

Die Tatsache, dass die sozial-liberale Koalition nach 13 Jahren von einer unionsgeführten Regierung abgelöst wurde, wirft die Frage auf, wann jene »Tendenzwende«² oder Rekonstruktion einer neuen konservativen Position eigentlich begann, die schließlich zur Ära Kohl überleitete. Naive Vorstellungen der 1970er-Jahre als eines zur Gänze »roten« oder »sozialdemokratischen Jahrzehnts« (Ralf Dahrendorf)³ sind zwar mittlerweile durch die präzise Hervorhebung des tiefen volkswirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Einschnitts von 1973/74, der durch die Auswechslung des sozialdemokratischen »Visionärs« Willy Brandt durch den »Pragmatiker« Helmut Schmidt symbolisiert wurde, überwunden worden. Dass die konservative Rekonstruktion bereits Mitte der 1970er-Jahre eine kräftige Belebung erfuhr, entspricht auch den Beobachtungen der Zeitgenossen selbst. Allerdings ist die konservative Suche nach politischen Strategien und geeigneten Themen zur Überwindung des linken oder sozialistischen »Zeitgeistes«, die schon Anfang der 1970er-Jahre einsetzte, von der zeitgeschichtlichen Forschung bisher nicht zusammenhängend untersucht worden.⁴

-
- 1 *Martin Greiffenhagen/Hermann Scheer* (Hrsg.), *Die Gegenreform. Zur Frage der Reformierbarkeit von Staat und Gesellschaft*, Reinbek 1975; das Zitat findet sich auf der Vorstellungsseite »Zu diesem Buch«; unter »Gegenreform« sollten verschiedene Faktoren zusammengefasst werden, »die die politische Reformentwicklung verlangsamten, zum Stehen bringen und Gegenentwicklungen betreiben und begünstigen« (ebd., S. 7).
 - 2 Mit »Tendenzwende« wurde eine Konferenz in der Münchner Akademie der Schönen Künste 1974 überschrieben; *Clemens Graf Podewils* (Hrsg.), *Tendenzwende. Zur geistigen Situation der Bundesrepublik. Vorträge bei der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, November 1974 in München*, Stuttgart 1975; der Begriff findet sich seither in kritischen Diagnosen und konservativen Selbstbezeichnungen; vgl. schon den ersten Band der für konservative Selbstverständigungsdiskurse wichtigen Herderbücherei-Initiative: *Gerd-Klaus Kaltenbrunner* (Hrsg.), *Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende*, Freiburg/Br. 1974; *Hermann Glaser*, *Die Mitte und rechts davon. Bemerkungen zur Tendenzwende in der Bundesrepublik*, in: *APuZ B 42/1974*, S. 14-36; *Martin Greiffenhagen*, *Freiheit gegen Gleichheit? Zur „Tendenzwende“ in der Bundesrepublik*, Hamburg 1975; *Peter G. Rogge*, *Tendenzwende. Wirtschaft nach Wachstum und Wunder*, Bonn 1975.
 - 3 Ralf Dahrendorfs These vom »Ende des sozialdemokratischen Jahrzehnts« oder gar »Jahrhunderts« meinte allerdings nicht allein die Herrschaft einer sozialdemokratischen Partei, sondern auch der bürgerlichen Parteien, die den auf kapitalistischer Grundlage beruhenden demokratischen und sozialen Rechtsstaat aufgebaut hatten; vgl. zur Charakterisierung des Jahrzehnts die Diskussionsbeiträge von *Bernd Faulenbach*, *Mehr Demokratie »wagen« aus sozialdemokratischer Sicht*, in: *ders./Rainer Eckert* (Hrsg.), *Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. Mythos und Realität der 1960er- und 1970er-Jahre in Ost und West*, Essen 2003, S. 53-61; *Gerd Koenen*, »Das rote Jahrzehnt«, in: ebd., S. 62-66.
 - 4 Unter der Überschrift »Konservative Gegenströmung?« findet sich eine knappe Passage in *Manfred Görtemaker*, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 650 f.; im ersten Handbuch über dieses Jahrzehnt wird auf dieses Thema nicht eingegangen: *Andreas Rödder*, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990*, München 2004; eine explorative Diskussion unter Zeithistorikern wurde in der Sektion »Zwischen

Mit der folgenden Skizze soll eine Ergänzung der gerade begonnenen und bisher hauptsächlich auf die Ausbreitung progressiven Gedankenguts und moderner Lebensstile gerichteten kulturhistorischen Betrachtung der Bundesrepublik der späten 1960er- und 1970er-Jahre vorgenommen werden, die schließlich zu einer realistischen Perspektive der politischen Auseinandersetzungen in diesem Zeitraum beitragen mag. Dabei muss erstens in Kauf genommen werden, dass angesichts der Breite des Themenfeldes einiges nur kursorische Erwähnung finden kann⁵ und zweitens die programmatischen Linien gegenüber biographischen und Informationen über organisatorische Zusammenhänge überwiegen. Im Übrigen wären die Befunde in einem weiteren – hier nicht zu leistenden – Schritt zu vermitteln mit Prozessen der lebensweltlichen Modernisierung und gesellschaftlicher Liberalisierung, die auch in den 1970er-Jahren weiterliefen.⁶

Wenn im Folgenden von »konservativ« gesprochen wird, so sind damit die Gegenkräfte des sozialliberalen Aufbruchversuchs nach 1968 gemeint. Parteipolitisch konzentrierten sich die Anhänger konservativen Gedankenguts einerseits vor allem auf die Unionsparteien⁷, obwohl weder CDU noch CSU in ihrer Gänze als pure konservative Parteien zu verstehen sind oder sich selbst so charakterisierten. Auf der anderen Seite ist das Spektrum der konservativen Rekonstruktion der 1970er-Jahre insgesamt weiter zu fassen und schließt parteipolitisch unabhängige Konservative, diverse Verbände und Medien ein, die sich zum Teil an die Union anschlossen, zum Teil demonstrativ von ihr abgrenzten oder generell ihre Unabhängigkeit von politischen Parteien betonten. Gerade im Aufblühen einer in sich durchaus heterogenen Strömung zeigte sich die zeitgemäße Suche nach einer Rekonstruktion konservativer Meinungsführerschaft.

Dabei ist davon auszugehen, dass die Hochzeit geschlossener Ideologiegebäude zwar nach dem Auslaufen des Wiederaufbaus während der Adenauer-Ära an ihr Ende gelangt war⁸, aber auch in den 1970er-Jahren weiterhin bestimmte Elemente konservativen Gedankenguts in zeitspezifisch modernisierter Form identifiziert werden können. Selbstverständlich ging es längst nicht mehr um die Kritik der technisch-materiellen Modernisierung an sich. Solche zivilisationskritischen Anteile waren spätestens seit der Mitte

reformerischem Pragmatismus und neokonservativer Tendenzwende: Westdeutscher Konservatismus von den 1960er- bis in die 1980er-Jahre« auf dem Deutschen Historikertag in Halle (10.-13.9.2002) geführt. Vgl. Panelübersicht, URL: <www.historikertag2002.uni-halle.de/programm/5_18.shtml> [Stand 23.03.2004].

5 Weitgehend ausgeklammert werden etwa europapolitische Konzeptionen und das Verhältnis von Konservatismus und christlichen Kirchen in den 1970er-Jahren; angesprochen wurden diese Komplexe in Referaten von Vanessa Conze und Michael Hochgeschwender auf dem erwähnten Historikertag in Halle 2002.

6 Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: *ders.* (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2002, S. 7-49, hier: S. 14.

7 Vgl. dafür als aussagekräftigen Digest *Lothar Bossle* (Hrsg.), *Konservative Bilanz der Reformjahre. Kompendium des modernen christlich-freiheitlichen Konservatismus*, Würzburg 1980; der Würzburger Verlag Johann Wilhelm Naumann, der in die abendländische Ideen- und Organisationswelt des ersten Nachkriegsjahrzehnts zurückreicht, war einer der wichtigsten Publikationsorte für Konservative innerhalb und außerhalb der Union; unter den 46 Beiträgern des von Bossle herausgegebenen Bandes befanden sich Franz-Josef Strauß, Axel Springer, Otto von Habsburg, Heinz Karst, Bruno Heck, Hans Maier, Hanna-Renate Laurien, Klaus Motschmann, Hans Graf Huyn und Klaus Hornung; vgl. auch *Lothar Bossle*, *Vorwärts in die Rückgangsgesellschaft. Zur Soziologie der Fortschrittsermüdung*, Würzburg 1979.

8 Vgl. *Axel Schildt*, *Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er-Jahren*, in: *ders./Arnold Sywottek* (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft in den 50er Jahren*, 2. Aufl., Bonn 1998, S. 627-635.

der 1950er-Jahre in den Hintergrund gedrängt worden.⁹ Die diesbezügliche gesellschaftliche Dynamik sollte sogar forciert werden, was den Konservativen die Aufgabe stellte, so Franz-Josef Strauß Ende 1968, immer »an der Spitze des Fortschritts zu marschieren« und ihn damit zu lenken und zu kanalisieren; mit dieser Begründung forderte der CSU-Politiker mehrfach in den 1970er-Jahren die explizite Aufnahme des Begriffs »konservativ« in die Programmatik der Union.¹⁰ Die Probleme der Konservativen rührten nicht aus der Ablehnung der Modernisierung, sondern aus der Wahrnehmung, dass sich diese in der Geschichte der Bundesrepublik erstmals nicht mehr wie selbstverständlich unter konservativen Auspizien vollzog, sondern unter dem Banner der »Demokratisierung« mit linken, emanzipativen, gesellschaftsverändernden Anliegen besonders der jüngeren Generation und hier vor allem des akademischen Nachwuchses verwoben war.

Die Gefahr, dass die an den Hochschulen politisierte Generation nach ihrem »Marsch durch die Institutionen« auf weitere Bereiche der Gesellschaft Einfluss gewinnen könnte, wurde als sehr groß angesehen. In dieser Perspektive des »Abfalls der Intelligenz von der Gesellschaft« war nach Günter Rohrmoser, einem der einflussreichsten konservativen Theoretiker der 1970er-Jahre, sogar eine »typisch vorrevolutionäre Situation in der Bundesrepublik gegenwärtig schon gegeben.«¹¹

I. ABWEHR DER UNIVERSITÄREN REVOLTE – DER BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT

Am Anfang der konservativen Reorganisation stand 1968, Symbol für eine tiefgreifende Krise der Meinungsführerschaft, die mitunter geradezu als Schock erfahren wurde. Die antiautoritäre Studentenbewegung und Jugendrevolte, allgemein »dieses Aufbrechen einer großen Unzufriedenheit mit dem Staat und der Gesellschaft«, wurde rückblickend von dem Tübinger Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg als »das vielleicht merkwürdigste und beunruhigendste Phänomen der letzten Jahrzehnte« beschrieben.¹² Es waren nicht ausschließlich in der Wolle gefärbte konservative Ordinarien, die sich in der Stadthalle von Bad Godesberg am 18. November 1970 versammelten, um den Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW) – die Bezeichnung hatte der in Marburg lehrende Historiker Ernst Nolte auf einer Vorkonferenz vorgeschlagen¹³ – aus der Taufe zu heben, sondern eine

9 Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999.

10 Vgl. Hans-Gerd Schumann, »Konservativismus« als analytischer Strukturbegriff, in: ders. (Hrsg.), *Konservativismus*, 2. Aufl., Königstein 1984, S. 370-382, hier: S. 381; Dieter Halfmann (Hrsg.), *Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des Franz-Josef Strauß*, Köln 1971.

11 Günter Rohrmoser, *Zeitzeichen. Bilanz einer Ära*, 2. Aufl., Stuttgart 1978 (1977), S. 258, 259; vgl. auch ebd., S. 405 ff.; vgl. zu Rohrmoser u.a. die Studie des DDR-Historikers Ludwig Elm, *Der »neue« Konservatismus: Das Desaster von gestern als Leitbild von morgen*, in: ders. (Hrsg.), *Leitbilder des deutschen Konservatismus*, Köln 1984, hier: S. 245-259.

12 Theodor Eschenburg, *Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933-1999*, Berlin 2000, S. 241.

13 Vgl. Hochschulpolitische Informationen (HPI) 1, Nr. 1, 15.10.1970, S. 2; die HPI (Auflage Mitte der 1970er-Jahre: 12.000) wurden zum Rundbrief des BFW; zur Vorgeschichte seit dem »Marburger Manifest« von 1968 vgl. einige Informationen in der ansonsten unergiebigsten Apologie von Johannes T. Theißen, *Die Rolle der Interessenverbände im Hochschulbereich unter besonderer Berücksichtigung von »Bund Freiheit der Wissenschaft« und »Bund demokratischer Wissenschaftler«*, Phil. Diss. Bonn 1984, S. 73 ff.

„männliche“ Mischung von christdemokratischen und vereinzelt gouvernementalen sozialdemokratischen Politikern, betuchten Förderern aus der Unternehmerschaft und Finanzwelt¹⁴ sowie Hochschulangehörigen, in der Mehrheit Ordinarien der mittleren Generation (der 40- bis 50-Jährigen), die für sich beanspruchten, »weder rechts noch links« zu sein, wie es der kurze Zeit später als bayerischer Kultusminister berufene Hans Maier in seinem Einleitungsreferat formulierte.¹⁵

Damit war zwar nur ein traditionsreiches Doppelideologem konservativer Provenienz umrissen worden, nämlich die gleichzeitige Beanspruchung einer politischen Mitte und Überparteilichkeit¹⁶, und auch das Narrativ, dass berechtigte Forderungen nach Reformen mittlerweile zum Sturmangriff der Linksradiكالen geführt hätten, gegen den man sich gemeinsam wehren müsse, war spätestens seit der Kritik der Französischen Revolution geläufig; aber im Selbstverständnis mancher Mitglieder und Anhänger mochte es sich tatsächlich um eine breite Sammlungsbewegung verschiedener Richtungen handeln, die im Kampf gegen den Linksradikalismus die alte Unterscheidung zwischen hochschulpolitischen »Konservativen« und »Reformern« obsolet erscheinen ließ. Das Feindbild der Versammelten hieß »Demokratisierung«. Dieser »Generalanspruch unserer

14 Als Beirat der HPI wird der rechtskonservativ engagierte Frankfurter Bankier Johann Philipp Freiherr von Bethmann, persönlich haftender Gesellschafter des Frankfurter Bankhauses Gebr. Bethmann aufgeführt, der zahlreiche Aufsichtsrats- und Verwaltungsratssitze innehatte; vgl. *ders.*, Die Universität geht uns alle an, in: HPI 2, Nr. 1, 21.1.1971, S. 1-3; ferner Heinz Kaufmann (u.a. Vorstandsmitglied der Farbwerke Höchst), Hans Dichgans (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf), Franz Ludwig Graf von Stauffenberg (Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union und Direktionsassistent bei Krauss-Maffei), Otto Schedl (bayerischer Wirtschaftsminister), F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank), Gerhard Stoltenberg (seinerzeit Manager bei Krupp) – nähere Angaben zur finanziellen Förderung des Bundes durch die Wirtschaft sind naturgemäß nicht bekannt.

15 *Hans Maier*, Ein neuer Anfang, in: Bund Freiheit der Wissenschaft. Der Gründungskongress in Bad Godesberg am 18. November 1970. Hrsg. von *Hans Maier* und *Michael Zöller*, Köln 1970, S. 13-19, Zitat: S. 19; vgl. zu Maier die Angaben von *Heinrich Oberreuter*, Maier, Hans, in: *Winfried Becker u.a.* (Hrsg.), Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn etc. 2002, S. 320-321; als Nachfolger von Maier wurde sein Mitarbeiter, der Münchner Student Michael Zöller (CSU), am 19.12.1970 zu einem der drei Vorsitzenden gewählt, die beiden anderen waren die Professoren Hermann Lübke (Bielefeld) und Walter Rüegg (Frankfurt/Main); nachdem Lübke nach Zürich gewechselt war, fiel sein Vorsitzendenamt am 16.5.1971 an Richard Löwenthal (Berlin); auf der Bundesausschusssitzung am 15.9.1973 wurden Thomas Nipperdey, Hanno H. Schmitt und Wolfgang Zöller als Vorsitzende gewählt; im Vorstand fungierten u.a. Hans Joachim Geisler, Karl Häuser, Wilhelm Hennis, Werner Kaltefleiter, Richard Löwenthal, Erwin K. Scheuch und Friedrich H. Tenbruck; vgl. Notizen zur Geschichte des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Hrsg. vom *Bund Freiheit der Wissenschaft*, Berlin 2001; vgl. aus zeitgenössischer linker Perspektive zur Analyse der Richtungen innerhalb des BFW *Herbert Claas*, Zum »Bund Freiheit der Wissenschaft« (BFW), in: Protokoll des Kongresses »Wissenschaft und Demokratie«. Veranstalter vom Bund demokratischer Wissenschaftler, von der Bundesassistentenkonferenz, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie dem Verband deutscher Studentenschaften am 1. und 2. Juli 1972 in Marburg, Köln 1973, S. 77-85; Reinhard Kühnl, Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« und sein Standort im politischen Spektrum der BRD, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 18, 1973, S. 1202-1215; *Frank Niess*, Die scheinheilige Allianz oder: Gegenreform nach Maß. Zur Selbstdarstellung und Praxis des »Bundes Freiheit der Wissenschaft«, in: *Martin Greiffenhagen* (Hrsg.), Der neue Konservatismus der siebziger Jahre, Reinbek 1974, S. 100-107.

16 Vgl. *Hans-Martin Lohmann* (Hrsg.), Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt/Main 1994.

Zeit«, so Wilhelm Hennis, zerstöre die »Unterscheidung von Gemeinwesen und Ämterordnung« und letztlich die »Grundlagen der abendländischen politischen Kultur.«¹⁷

Im Gründungsaufwurf des BFW hieß es: »Wo Ideologien die Oberhand gewinnen, welche die Zerstörung des Bestehenden als Voraussetzung für die Verwirklichung utopischer Ziele betrachten, dient der Ruf nach Reformen nicht mehr einer Modernisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Institution, sondern ihrer Lähmung und Vernichtung. Vor einer solchen Gefahr stehen heute die Hochschulen in der Bundesrepublik. Vor der gleichen Gefahr könnte morgen der Staat stehen.«¹⁸ Mit dieser Argumentation wurden die Ansprüche nach Mitbestimmung von Seiten nichtprofessoraler Gruppen nicht nur mit dem als erschreckend bezeichneten Verfall des »Leistungsniveaus« in Verbindung gebracht, sondern letztlich als Angriffe gegen den Staat identifiziert.¹⁹ Die Tageszeitung *Die Welt* berichtete über den Gründungskongress unter der Überschrift: »Professoren: Angriff der Linken auf Universitäten führt zur Staatskrise.«²⁰ Die Vorstellung, der linksradikalen Eroberung der Hochschulen werde der Angriff der Kommunisten gegen den Staat folgen, entsprach übrigens nachgerade spiegelbildlich den delirierenden Utopien sektiererischer studentischer Zirkel.²¹ Wie diese einen ubiquitären Faschismus- oder mindestens Faschisierungsverdacht gegen Staat und Kapital bemühten, versuchte der BFW eine Wesensgleichheit des »roten Terrors« mit den »Studenten-Ausschreitungen« der Anhänger Hitlers vor 1933 zu suggerieren.²² Auch die SED-Dik-

17 *Wilhelm Hennis*, Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs, 2. Aufl., Opladen 1972 (1970), S. 9, 13, 22; mit dieser weit verbreiteten Broschüre hatte Hennis seine Position deutlich radikalisiert; vgl. *ders.*, Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik, Hamburg 1969; vgl. für ein breiteres konservatives Publikum den Abschnitt »Demokratisierung« in: *Hans Dichgans*, Die Welt verändern. Reform oder Revolution, Düsseldorf etc. 1974, S. 195-199; ferner *Ernst Forsthoff*, Demokratisierung ohne Demos, *Zeitbühne* 3, 1974, H. 4, S. 24-30; *Bruno Heck*, Demokraten oder Demokratisierte? (Herbst 1969), in: *ders.*, Auf festem Grund. Aufsätze und Reden. Hrsg. von *Ludolf Herrmann*, Stuttgart 1977, S. 53-61; *Hans Filbinger*, Entscheidung zur Freiheit, Stuttgart 1972; es ist bisher noch nicht bemerkt worden, dass mit dieser Invektive gegen die »Demokratisierung« nicht nur die 68er-Bewegung gemeint gewesen sein könnte, sondern als Subtext auch eine generationell geprägte Auseinandersetzung mit den alliierten, insbesondere US-amerikanischen Bemühungen um »Re-education«, »Re-orientation« und eben »Demokratisierung«; ein weiteres Schreckwort der Konservativen hieß in diesem Zusammenhang »Basis«: *Johannes Gross*, Unsere letzten Jahre. Fragmente aus Deutschland 1970-1980, Frankfurt/Main 1982, S. 184 f.

18 *Bund Freiheit der Wissenschaft*: Gründungsaufwurf, in: *Bund Freiheit der Wissenschaft*, S. 7-11 (Zitat: S. 7); der Gründungsaufwurf war unterzeichnet worden von Edith Eucken-Erdsiek, Hans Joachim Geisler, Karl Häuser, Wilhelm Hennis, Gerhard Löwenthal, Richard Löwenthal, Hermann Lübke, Hans Maier, Ernst Nolte, Heinz-Dietrich Ortlieb, Konrad Repgen, Walter Rüegg, Horst Sanmann, Heinz Sauermann, Erwin K. Scheuch, Hatto H. Schmitt, Hermann Schmitt-Vockenhausen, Gerhard Schröder, Gerd Tellenbach, Friedrich H. Tenbruck und Waldemar Wittmann. Erster Vorsitzender des Verbandes wurde Hans Maier; vgl. auch *Ursula Besser*, Der Weg in die unverantwortliche Gesellschaft, in: *Bossle*, Konservative Bilanz, S. 581-586.

19 *Hans Maier*, Ein neuer Anfang, S. 13; vgl. *Rohrmoser*, Zeitzeichen, S. 442 ff.

20 *Die Welt*, 19.11.1970; in den folgenden Tagen druckte das Blatt jeweils ganzseitig die Reden von Wilhelm Hennis (20.11.1970) und Richard Löwenthal (28.1.1970) ab. Größere Artikel von Ernst Nolte (23.1.1971) und Hermann Lübke (15.5.1971) zur Lage von Wissenschaftsfreiheit und Universität folgten; das Referat von Hermann Lübke auf dem Gründungskongress wurde abgedruckt in der FAZ, 23.11.1970.

21 Vgl. das Kaleidoskop von *Gerd Koenen*, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

22 Dem diente etwa die kommentarlose Wiedergabe eines Artikels aus der Vossischen Zeitung: Studenten-Ausschreitungen 1932, in: HPI 1, Nr. 2, 29.10.1970, S. 8; hier folgte der BFW allerdings nur der Linie Berliner Boulevardblätter des Springerkonzerns seit 1967.

tatur vermochte in der eigenen Propaganda nicht an den Schrecken westdeutscher Universitäten heranzureichen. So lautete z.B. im Rundbrief des BFW die Überschrift eines Artikels: »Ideologischer Druck in Bochum schlimmer als in Ost-Berlin«.²³ In geradezu grotesker Übertreibung der Realität fantasierten die BFW-Sprecher von einem allgegenwärtigen »Gesinnungsterror ideologisch fanatisierter Gruppen gegen Andersdenkende«²⁴, der sich vom Zwang zu permanenten Gremiensitzungen²⁵ bis zu Morddrohungen gegen unliebsame Dozenten als »Massenerscheinung«²⁶ gesteigert habe.

Auch wenn davon auszugehen ist, dass viele Professoren die Gefahren von links tatsächlich als dramatisch empfanden, blitzte doch zuweilen das Wissen darüber auf, dass ihr Szenario nicht sehr viel mit der Wirklichkeit zu tun hatte. Als der *Spiegel* Hans Maier mit den einschlägigen Behauptungen des Gründungsaufrufs konfrontierte, meinte dieser lediglich: »Rhetorische Übertreibungen sind erlaubt, um die Öffentlichkeit auf Gefahren aufmerksam zu machen.«²⁷

Der BFW, der zur Zeit seiner Gründung ca. 2.000 und auf seinem Höhepunkt Mitte der 1970er-Jahre ca. 5.000 Mitglieder zählte, kann als alarmistisches Verteidigungsbündnis gegen die Revolte an den Hochschulen interpretiert werden. Konservative Professoren, Publizisten und Politiker dominierten zwar diese Sammlungsbewegung, aber für die Außendarstellung war es wichtig, neben Konvertiten, die frustriert und verbittert die Sozialdemokratie verlassen hatten, wie etwa Hermann Lübke und Wilhelm Henning, und nun als »geistige Repräsentanten des sogenannten Neokonservatismus« bzw. »Milite der Tendenzwende«²⁸ galten, auch einige aktive SPD-Mitglieder vorweisen zu können, zumal von den Jungsozialisten und vereinzelt von sozialdemokratischen Ortsvereinen ein Unvereinbarkeitsbeschluss für die Mitgliedschaft in SPD und BFW gefordert wurde. Ungeachtet solcher Reaktionen rechnete Richard Löwenthal »mit einer

23 HPI 1, Nr. 3, 12.11.1970, S. 6; dabei handelte es sich um die Bitte des bis 1963 in der DDR und dann in Bochum lehrenden Theologen Walter Elliger um vorzeitige Emeritierung. Der gegenüber der DDR höhere ideologische Druck wurde von ihm u.a. folgendermaßen begründet: »Ich halte es mit meinen Berufspflichten für unvereinbar, mich durch einen wilden Papierkrieg und nutzlose Marathonsitzungen zermürben und von meiner wissenschaftlichen Arbeit abhalten zu lassen« (ebd.).

24 Programmerkklärung des Bundes Freiheit der Wissenschaft, in: *Bund Freiheit der Wissenschaft*, S. 76 f.

25 Ernst Nolte, Die gegenwärtige Situation der deutschen Universität, in: *Bund Freiheit der Wissenschaft*, S. 20-35, hier: S. 21; der »Dokumentation« von lokalen Schreckensereignissen dienten die HPI.

26 Vgl. die Dokumentation einer Fernsehdiskussion des WDR vom 20.11.1970, in: ebd., S. 88-118, hier: S. 116 (Zitat: Richard Löwenthal).

27 »Professoren sind nicht mutiger als andere«. Spiegel-Gespräch mit Politologie-Professor Hans Maier über den »Bund Freiheit der Wissenschaft«, in: *Der Spiegel*, Nr. 48, 1970, S. 115-116.

28 Vgl. Kurt Sontheimer, *Zeitenwende? Die Bundesrepublik Deutschland zwischen alter und alternativer Politik*, Hamburg 1983, S. 136 f.; der amerikanische Historiker Jerry Z. Muller, *The Neo-conservative Movement in the History of the Federal Republic, 1968-1985*, Referat auf dem Historikertag in Halle 2002, unveröffentlichtes MS, zeichnet den Neokonservatismus der 1970er-Jahre als intellektuelle Strömung, die vor 1968 reformerisch eingestellt gewesen sei und häufig Liberale sowie Sozialdemokraten unterstützt habe: »Most German neo-conservatives were people who, for the most part, had regarded themselves during the 1950s and 1960s as reformist supporters of the institutions of the Bundesrepublik.« (S. 3) Die Pointe dieses Narrativs lautet, dass die geläuterten Reformer nun als neo-conservatives »formulated a broad set of defenses for real existing liberal democracy.« (ebd., S. 23); dieses Konstrukt konfligiert mit den Inhalten der konservativen Rekonstruktion, wie noch zu zeigen sein wird, beträchtlich. Für Abstract des Referats vgl. URL: <http://www.historikertag2002.uni-halle.de/programm/5_18_05.shtm> [Stand 23.03.2004].

Annäherung der SPD« an den BFW²⁹, und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* präsentierte in diesem Sinne den BFW als »Partner nüchterner Reform.«³⁰ Gerade Richard Löwenthal war angesichts seiner unzweideutig antifaschistischen Biographie für die Sammlungsbewegung von hohem Wert, und auf seiner Initiative basierte wohl auch eine Erklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt, der mitteilen ließ: »Für die SPD ist der Bund Freiheit der Wissenschaft ein Gesprächspartner.«³¹

Angesichts der Konstruktion des BFW als parteipolitisch ostentativ neutrale Sammlung verschreckter und mitunter wehleidig argumentierender Professoren, von denen etliche in den 1960er-Jahren noch dem liberalen Mittelfeld angehört hatten, konnten von ihm kaum theoretische Impulse für eine konservative Gesamtstrategie ausgehen. Nachdem sich die Verhältnisse an den Universitäten zunehmend beruhigt hatten und die Horrorszenarien des BFW, obgleich in der konservativen Presse weiterhin verbreitet³², immer weniger Glaubwürdigkeit hatten beanspruchen können, schrumpfte dessen Mitgliederzahl; sie betrug Ende 1978 noch ca. 3.000.³³ Eine großangelegte repräsentative Umfrage des Instituts Infratest im Auftrag des Bonner Wissenschaftsministeriums hatte 1975 zum Ergebnis, dass die sozial-liberale Koalition sowohl unter den Lehrenden wie unter den Studierenden über eine deutliche Mehrheit verfügte.³⁴

II. DIE NIEDERLAGE DER OPPOSITION GEGEN DIE NEUE OSTPOLITIK

Es war nicht nur »Barzels Pech«³⁵, sondern ein aus den Umständen zwar erklärlicher, aber im nachhinein betrachtet entscheidender strategischer Fehler der konservativen – hier im weiten Sinne parlamentarisch und außerparlamentarisch verstandenen – Opposition gegen die neue sozial-liberale Koalition, dass die neue Ostpolitik zum zentralen Thema der Auseinandersetzungen gewählt wurde. Damit hatte sie sich auf ein Kampffeld begeben, auf dem sie nur verlieren konnte. Die Herstellung guter Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und eines geregelten Auskommens mit der DDR war in der Bevölkerung mehrheitlich äußerst populär – dazu musste man nur die Ergebnisse der zahlreichen Meinungsumfragen seit der Mitte der 1960er-Jahre zur Kenntnis nehmen – und nicht zuletzt die beiden großen Kirchen spendeten Beifall für die Aussöh-

29 Bund »Freiheit der Wissenschaft« in Bonn konstituiert, FAZ, 19.11.1970.

30 Von Hochschulautonomie war nicht die Rede, FAZ, 20.11.1970; vgl. auch Jürgen Wahl, Für Reformen in Freiheit. Demokratischer Bürgerbund gegen Radikalismus an den Hochschulen, Rheinischer Merkur, Nr. 48 vom 25.11.1970.

31 Vgl. HPI 2, Nr. 22, 25.11.1971, S. 1 f.

32 Vgl. etwa den ganzseitigen Artikel von *Diethard Gottschalk*, Machtergreifung an den Hochschulen, Rheinischer Merkur, Nr. 10 vom 9.3.1973; *Peter Pawel*, Der Universität droht geistige Entthauptung. Den Politisierungsunsinn haben andere Länder längst überwunden, ebd., Nr. 43 vom 26.10.1973.

33 *Theißen*, S. 110; vgl. dort auch Angaben zur Mitgliederstruktur.

34 Professoren über Professoren: Wieder Elite, *Der Spiegel*, Nr. 1, 1975, S. 46-52; auf die Frage, welche Partei politisch den eigenen Vorstellungen am nächsten stehe, votierten für die SPD 45% der Studierenden und 36% der Lehrenden, für die FDP 18 bzw. 24%, für die CDU/CSU 14 bzw. 24% und für die DKP 5 bzw. 0%; nur noch eine Minderheit unter den Professoren (17%) hielt es für eine »Anmaßung, wenn Studenten über Lehrinhalte mitbestimmen wollen« und erklärte in gleicher Prozentzahl ihre Sympathie für die Vorstellungen des BFW; allerdings mochten auch nur 7% sich mit den Vorstellungen der GEW anfreunden, die ihre Anhänger vor allem im Mittelbau und unter den Assistenten besaß, bei denen kaum jemand etwas mit dem BFW zu tun haben wollte.

35 *Wolfgang Krieger*, Franz Josef Strauss. Der barocke Demokrat aus Bayern, Göttingen 1995, S. 66.

nung mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Osten. Zudem passte die Entspannungspolitik, die im Herbst 1971 mit dem Friedensnobelpreis für den sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt symbolisch gekrönt wurde, zu den strategischen Bemühungen der US-Administration und der NATO, zu einer friedlichen Verständigung zwischen den Blöcken zu gelangen.

Demgegenüber war die CDU/CSU innerlich tief gespalten und verunsichert. Zwar reichte die Kraft der konservativen Mehrheit aus, Befürworter der Ostpolitik der Bundesregierung in den eigenen Reihen, etwa Richard von Weizsäcker, Walther Leisler-Kiep oder Norbert Blüm, zu isolieren und Zweifler wie Helmut Kohl dazu zu bewegen, sich taktisch zurückzuhalten, aber für eine überzeugungskräftige Offensive in der Öffentlichkeit reichte die Substanz der Argumente nicht aus, zumal sie nicht unbedingt der Logik der Westintegrationspolitik Adenauers entsprachen, die nur zwei Jahrzehnte zuvor von der Sozialdemokratie mit zum Teil nationalistischen Anklängen kritisiert worden war. Dass nun mit umgekehrten Vorzeichen Unionspolitiker die »Verzichtspolitik« und »den Ausverkauf Deutschlands« durch die sozial-liberale Bundesregierung attackierten, konnte von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als glaubwürdig empfunden werden.³⁶

Allerdings gab es für die verfehlte Strategie der konservativen Opposition einen Grund, der über außen- und deutschlandpolitische Kalküle hinauswies. Vielmehr spielte auch hier die Wahrnehmung der Revolte von 1968 und ihren Ausuferungen bis in die frühen 1970er-Jahre hinein eine bedeutsame Rolle. Vielen Konservativen verschwamm offenbar der innenpolitische Machtverlust und die Entspannungspolitik mit dem Osten zu einem einzigen Bedrohungssyndrom von linkem Radikalismus, sowjetischem Kommunismus und deutscher Sozialdemokratie als Steigbügelhalter. Mehr oder weniger bewusst wurde von Paul Wilhelm Wenger in einem großen Leitartikel des *Rheinischen Merkur* offen gelassen, ob der Bundeskanzler diesen verhängnisvollen Kurs aus Naivität oder wider besseres Wissen verfolgte. Aber objektiv schädlich wirkte in dieser Sicht »Brandts euphorischer Freiheitsbegriff, der mit der vertraglichen Einsegnung der sowjetischen Annektionspolitik von Bessarabien bis ins Baltikum dem Freiheitswillen der unterdrückten Osteuropäer in den Rücken fällt«, jedenfalls.³⁷

Dabei wurde gar nicht bezweifelt, dass die Sowjetunion eine Politik der »friedlichen Koexistenz« verfolgte. Vielmehr neigten dem konservativen Weltbild zufolge »öffentliche Meinung und Politik des Westens« in weitgehender Unkenntnis der revolutionären Prämissen der sowjetischen Strategie dazu, die »friedliche Koexistenz« für »substanziellen Frieden« zu halten und als »Abwesenheit von Kampf« misszuverstehen.³⁸ Die Pläne zur Weltrevolution seien von der Sowjetunion aber nicht aufgegeben worden. Selbst die Mitte der 1970er-Jahre unter Intellektuellen rege diskutierte eurokommunistische Variante in Spanien, Frankreich und Italien vermochte bei vielen Konservativen die im langen Kalten Krieg gefestigte Grundüberzeugung, Gewalt sei das Wesen des Kommunismus, nicht zu erschüttern. Sie gehöre zu ihm »wie der Alkohol zum Schnaps«, drückte sich der vormalige CDU-Vorsitzende Rainer Barzel aus; Berlinguer und Carillo würden wohl »Freiheit von Moskau« fordern, aber diese zu Hause abschaffen, wenn sie dazu in die Lage kämen.³⁹

36 Für zahlreiche Nachweise aus der zeitgenössischen Presse und Publizistik vgl. Florian Roth, *Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969-1990)*, Baden-Baden 1995, S. 79 ff.

37 Paul Wilhelm Wenger, *Frieden à la Prag*, Rheinischer Merkur, Nr. 21 vom 26.5.1972.

38 Klaus Hornung, *Die »Friedliche Koexistenz« als Leitlinie und Strategie der Außenpolitik der Sowjetunion*, in: Bossle, *Konservative Bilanz*, S. 587-619, Zitat: S. 593.

39 Rainer Barzel, *Auf dem Drahtseil*, München etc. 1978, S. 212, 220; vgl. Ulrich René Hoffmann, *Eine notwendige Erinnerung zum Verständnis des Eurokommunismus*, *Konservativ heute* 9, 1978, S. 263-267; Günther Müller, *Die Strategie des Eurokommunismus*, in: Bossle, *Konservative Bilanz*, S. 571-579.

Der laute Beifall der Vertriebenenverbände für die Angriffe gegen »Brandts gefährliche Osteuphorie«⁴⁰, die hilfreichen Attacken der Springer-Presse, deren Verleger die »unteilbare deutsche Nation« unter Einschluss Schlesiens und Ostpreußens immer stärker zur eigenen Herzensangelegenheit machte⁴¹, und die Aufnahme einiger Überläufer aus dem Regierungslager⁴², die vor allem den »Verzicht« auf die »deutschen Ostgebiete«⁴³ nicht mittragen mochten, verstellten bei den Auseinandersetzungen um die Neue Ostpolitik den Blick auf das mehrheitliche Meinungsklima in der Bevölkerung, das auch durch aufwendige publizistische Kampagnen nicht nachhaltig zu verändern war – übrigens ein von den Protagonisten offenbar nicht erkanntes Zeichen für die Grenzen von Medienmacht.⁴⁴

Hinzu kam ein Aspekt, der gleichfalls nicht dienlich war, die öffentliche Meinungsführerschaft in dieser Frage zu gewinnen. Die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent nur knapp den Einzug in das Parlament verfehlt hatte, zerfiel zwar sehr rasch in verschiedene Splittergruppen, und ihre Anhängerschaft konnte, das zeigen die Ergebnisse der Landtagswahlen der frühen 1970er-Jahre, von den Unionsparteien weitgehend integriert werden. Die plumpe und gehässige Agitation der »nationalen APO«⁴⁵ – etwa in der »Aktion Widerstand« mit Mordparolen wie »Brandt an die Wand!«⁴⁶, von der sich einige Funktionäre der Ver-

40 Halbmast für Deutschland, in: Ostpreußenblatt, Nr. 50 vom 12.12.1970; schon in der vorhergehenden Nummer hatte die Landsmannschaft Ostpreußen verkündet, dass »Erklärungen und Handlungen der jetzigen Bundesregierung für uns nicht mehr rechtsverbindlich seien«; Wir lassen unser Ostpreußen nicht untergehen, in: Ostpreußenblatt, Nr. 49 vom 5.12.1970.

41 Axel Springer, Charlottenburger Kniefall (1979), in: ders., Aus Sorge um Deutschland. Zeugnisse eines engagierten Berliners, Stuttgart 1980, S. 121; vgl. in diesem Band eine ganze Reihe weiterer einschlägiger Reden und Artikel.

42 Vgl. die ganzseitige Dokumentation »Warum sie die SPD verlassen haben«, Rheinischer Merkur, Nr. 16 vom 21.4.1972; genannt wurden u.a. Lothar Bossle (SPD-Mitglied 1950-1959), Helmut Bärwald (1947-1971), Herbert Hupka (1955-1972), Franz Seume (1926-1972); aus der Memoirenliteratur dazu Erich Mende, Von Wende zu Wende. 1962-1982, München/Berlin 1986, S. 339 ff.; Rainer Barzel, Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge – Misstrauensvotum – Kanzlersturz, Bonn 1998.

43 Da in diesem Kontext nicht selten mit den Stichworten »Versailles« und »Rapallo« operiert wurde, ist es interessant, dass ausweislich von Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie im November 1970 20% der Befragten noch nie etwas von Versailles und 58% noch nie etwas von Rapallo gehört hatten und 39 bzw. 29% darüber nichts Näheres wussten oder falsche Vorstellungen besaßen; Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973. Hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann und Peter Neumann, Allensbach 1974, S. 202 f.

44 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Analyse der heftigen Auseinandersetzungen zum hundertjährigen Jubiläum des Deutschen Reiches im Januar 1971 von Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 258 ff.

45 Vgl. den Begriff im »national-freiheitlichen« Organ Mut, Nr. 41, Januar 1971, S. 6; die von Bernhard C. Wintzek redigierte Monatszeitschrift war eines der führenden rechtsextremen Blätter außerhalb der NPD, die für ein breites »antimarxistisches Bündnis« aller nationalen Kräfte unter Einschluss konservativer Vertreter der CDU/CSU und die Wahl dieser Parteien aus taktischen Gründen warben, zugleich aber die Unionsführung wegen ihres mangelnden Widerstandswillens heftig kritisierten; vgl. auch Bernhard C. Wintzek, Rote Fahnen über Bonn? Ziel und Methoden des Sowjetimperialismus, Asendorf 1975; die Analyse von Mut sowie des 1950 gegründeten »nationalrevolutionären« Organs Nation Europa mit dem Untertitel »Monatsschrift im Dienst der europäischen Erneuerung« wäre in dieser Hinsicht erhellend; vgl. zur »Finnlandisierung der BRD« das Themenheft »Sowjetrepublik Deutschland« der Nation Europa 21, 1971, H. 5.

46 So die Parolen und Transparente auf einer Massenkundgebung in der Würzburger Frankenhalle am 31.10.1970.

triebenenverbände nicht distanzieren mochten, zeitigte allerdings eine abschreckende Wirkung auf die breitere Öffentlichkeit, so dass die Union in der »Mitte« der Gesellschaft unter Umständen mehr Anhänger verlor als sie auf der Rechten gewann.

Unter diesen Vorzeichen deutete es sich immer mehr an, dass die Bundestagswahl am 19. November 1972 zum Plebiszit für die neue Ostpolitik werden würde. In diesem Zusammenhang ist es symptomatisch, dass etliche jener Professoren und Publizisten, die zwei Jahre zuvor den Bund Freiheit der Wissenschaft gegründet hatten, um das Vordringen der radikalen Kräfte von links zu stoppen, zusammen mit linksliberalen Vertretern sich nun öffentlich für die neue Ostpolitik und den sozialdemokratischen Kanzler aussprachen, darunter Karl Dietrich Bracher, Golo Mann, Richard Löwenthal und Thomas Nipperdey.⁴⁷ Auf der anderen Seite formulierten konservative Leitartikler eben jene nicht mehr vorrangig auf die Außenpolitik gerichtete Losung, die erst in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre in modifizierter Form die offizielle Wahlpropaganda der Union bestimmen sollte: »Die Alternative heißt freiheitliche oder sozialistische Demokratie.«⁴⁸ Angesichts dessen konnte die Niederlage der Union Konservativen nur als »moralische Katastrophe« erscheinen.⁴⁹

III. DER DURCHBRUCH ZUR KONSERVATIVEN »TENDENZWENDE« SEIT 1973/74

Der drei Jahre dauernde »pausenlose Politik-Thriller«⁵⁰, der seinen Höhe- und Endpunkt in der triumphalen »Willy-Wahl« (1972) fand, hatte überdeckt, dass die im Herbst 1969 schwungvoll gestartete sozial-liberale Koalition ihren Reformelan schon bald verloren hatte. Die »Swing-Analyse« von Imanuel Geiss, derzufolge die SPD turnusmäßig mit einem Zugewinn von drei Prozent allein infolge des berufsstrukturellen Wandels rechnen könne, und die Erwartungen der Freien Demokraten, größere Teile des Wählerpotenzials der Unionsparteien beerben zu können und sich bei zwanzig Prozent wieder zu finden, schienen spätestens 1974 unreal geworden zu sein.⁵¹ Allerdings wäre es eine politizistisch verkürzte Perspektive, die Ursache dafür allein in Unzulänglichkeiten der Bundesregierung zu suchen. Die Ernüchterung hinsichtlich der Möglichkeiten einer zentralen Koordination von Gesetzesvorhaben durch den Ausbau des Kanzleramtes zur Superbehörde, die offenkundigen Probleme bei den Verwaltungs- und Gebietsreformen

47 Die Erklärung von Historikern und Politikwissenschaftlern zur Ostpolitik, FAZ, 15.4.1972; vgl. *Heinrich August Winkler*, *Der lange Weg nach Westen*. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, 4. Aufl., München, 2002, S. 309.

48 *Herbert Kremp*, Jetzt scheiden sich die Wege (Leitartikel), *Die Welt*, 18.11.1972; im Ostpreußenblatt, Nr. 49 vom 18.11.1972 hieß es in einem ganzseitigen Wahlaufdruck, unterzeichnet u.a. von Hatto H. Schmidt (BFW), Freiherr Caspar von Schrenck Notzing, Konstantin Freiherr von Heremann (Präsident des Deutschen Bauernverbandes), Professor Konrad Reppen (BFW), Uschi Glas, Ruth Leuwerik, Heinz Karst und Helmut Bärwald: »Unsere Bundesrepublik ist heute in ihrem Selbstverständnis und damit in ihrer Existenz gefährdet, weil die Demokraten der Linken die Gefahr des roten Faschismus verharmlosen.«

49 Machtwechsel perfekt. Die bittere Niederlage der CDU (Leitartikel), *Rheinischer Merkur*, Nr. 47 vom 24.11.1972; vgl. zu den Differenzen im Unionslager die Dokumentation von *Ursula Kaack/Reinhold Roth*, *Schwerpunkte der CDU/CSU-internen Diskussion nach der Wahlniederlage von 1972*, in: *Heino und Ursula Kaack* (Hrsg.), *Parteien-Jahrbuch 1973/74. Dokumentation und Analyse der Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1974*, Meisenheim am Glan 1977, S. 212-259.

50 *Hermann Scheer*, Sieg der Rechten, auch ohne Wahlen?, in: *Greiffenhagen/Scheer*, *Gegenreform*, S. 13-37, Zitat: S. 13.

51 Vgl. ebd.

sowie die sichtbar werdenden Grenzen einer Steuerung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zeigten, dass die parteiübergreifend wirksame Planungseuphorie der 1960er-Jahre als heute naiv anmutender Machbarkeitswahn im Zenit und vor dem Auslaufen des langen Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit an ihr Ende gelangt war.⁵²

Angesichts des offenkundigen Scheiterns der Planungsutopien kam es in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre sogar zu einer »Unregierbarkeitsdiskussion«, munitioniert etwa durch die populären Thesen des Soziologen Helmut Schelsky über den »Sachzwang«, die Tatsache, dass alle belangvollen Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens zunehmend der Steuerung durch wissenschaftlich-technische Fachleute bedürften, so dass die aktuelle Frontlinie geradezu zwischen Demokratisierern und freiheitsliebenden Gewaltenteilern verlaufe.⁵³ Diese systemtheoretische Untermauerung des Kampfes gegen die »Demokratisierung« entfaltete ihre Wirkungen wohl auch unter den Anhängern der sozial-liberalen Regierung, bei denen immer mehr eine »Dialektik von Euphorie und Enttäuschung«⁵⁴ spürbar wurde.

Eine tiefgreifende öffentliche Klimaveränderung kündigte sich deutlich an mit dem Bericht des Club of Rome über die »Grenzen des Wachstums« 1972⁵⁵, der ein starkes Presseecho hervorrief, und hatte sich ein Jahr später allgemein durchgesetzt, als infolge der ersten Ölkrise die Endlichkeit der fossilen Brennstoffe als Paradigma für die Gefährdung der menschlichen Gattung durch technokratisch geplanten Raubbau an der Natur in das Zentrum der Öffentlichkeit und alltäglicher Kommunikation rückte. Nichts symbolisierte wohl derart stark die drohende Zukunft wie die verwaisten Autobahnen an den Fahrverbotssonntagen im Herbst 1973 und Frühjahr 1974.⁵⁶ Die Stagnation bzw. das »Minuswachstum« der Volkswirtschaft (1974: 0,0 Prozent; 1975: -1,1 Prozent) und die Rückkehr eines Sockels an Arbeitslosigkeit nach Jahrzehnten der »Vollbeschäftigung« – von 1973 bis 1975 vervierfachte sich die Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million – verstärkten das Klima verbreiteter Krisenangst; man lebte seither, wie Kurt Sontheimer wenige Jahre später bereits bilanzierte, in »mutloser gewordenen Zeiten« und hatte das Empfinden, die »Rolltreppe des Fortschritts« laufe rückwärts⁵⁷.

52 Vgl. *Michael Ruck*, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er-Jahre, in: *Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl C. Lammers* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er-Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, 2. Aufl., Hamburg 2003, S. 362-401, hier: S. 386 ff.; *Hans Günter Hockerts*, Einführung in die Sektion III: Planung als Reformprinzip, in: *Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe* (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die Sechzigerjahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn etc. 2003, S. 249-257 (und die zugehörigen Aufsätze dieser Sektion); *Gabriele Metzler*, »Geborgenheit im gesicherten Fortschritt«. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: ebd., S. 777-797.

53 Vgl. *Helmut Schelsky*, *Systemüberwindung, Demokratisierung, Gewaltenteilung*, München 1973; dazu *Jürgen Feick*, Der angebliche Sachzwang. Schelskys konservativer Rückzug aus der Demokratie, in: *Greiffenhagen*, *Der neue Konservatismus*, S. 39-56; zum Hintergrund auch *Thomas Ellwein*, *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den Sechzigerjahren*, München 1989, S. 90 ff.; *Willibald Steinmetz*, Ausbeutung und Dämonisierung des »Sachzwangs«. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur, in: *Michael Jeismann* (Hrsg.), *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*, Frankfurt/Main 1995, S. 293-333.

54 *Sontheimer*, *Zeitenwende*, S. 165 ff.; vgl. *ders.*, Ist unsere Demokratie überfordert?, *APuZ* B 50/1977, S: 3-12.

55 *Dennis H. Meadows u.a.*, *The Limits of Growth: A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*, New York 1972 (deutsche Ausgabe: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972).

56 Vgl. *Jens Hohensee*, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996.

57 *Sontheimer*, *Zeitenwende?* S. 11; *Ralf Dahrendorf*, *Die Chancen der Krise*, Stuttgart 1983, S. 11.

An führender Stelle war es in dieser Situation Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der vehement gegen die konservative Theorielosigkeit polemisierte und mit der Schriftenreihe »Initiative« im Freiburger Herder-Verlag – und daneben zeitweise mit Veröffentlichungen in den wissenschaftlichen Reihen des am gleichen Ort ansässigen Rombach-Verlags – die Voraussetzungen für die (Wieder-)Gewinnung von geistiger Meinungsführerschaft zu schaffen versuchte.⁵⁸ Seine Bemühungen galten dem Bemühen, den Konservatismus als Bedingung für die Möglichkeit nichtkatastrophischen Wandels in hochdifferenzierten Gesellschaften zu profilieren.⁵⁹ Bereits seit 1970 erschien die Zeitschrift *Criticón*, die sich als Forum verstand, in dem unterschiedliche Auffassungen aus dem konservativen Spektrum der CDU/CSU ebenso wie außerhalb davon befindliche Strömungen miteinander in einen Dialog treten sollten.⁶⁰ Im gleichen Jahr gründete der vormalige Staatssekretär Hansjoachim von Rohr die Zeitschrift *Konservativ heute*, die nach seinem Tode 1972 von Klaus Motschmann geleitet wurde, der wie sein Bruder Jens in der innerkirchlich rechten evangelikalen Bewegung engagiert war.⁶¹ Weitere Zeitschriften hießen *student* (gegründet 1968), *Deutschland-Magazin* (gegründet 1969), die von William S. Schlamm begründete *Zeitbühne*, in der regelmäßig Otto von Habsburg, seit 1977 Mitherausgeber, europapolitische Entwicklungen kommentierte⁶², und die eher literarisch orientierten *Scheidewege* (gegründet jeweils 1972).

Kritiker einer bloßen sozialstaatlichen Verwaltung der pluralistischen Gesellschaft fanden nicht zuletzt im Umweltschutz ein Argument für einen starken Staat, wie es in dem vielbeachteten Buch von Ernst Forsthoff über den »Staat der Industriegesellschaft« ausgeführt wurde.⁶³ Als bekanntester Streiter der Union für eine energische Umweltpolitik

58 Das Ausscheiden Kaltenbrunners aus dem Rombach-Verlag wurde in einem Artikel der FAZ, 10.11.1972 bedauert; vgl. zu Kaltenbrunner kritisch *Carl Amery*, Der konservative Selbstverrat. Gedanken zu einer ausgebliebenen »Tendenzwende«, APuZ B 51/1976, S. 3-6; auch die Hunderte von handlichen Bänden der Herder-Bücherei wären eine gesonderte Analyse wert, wobei etwa zahlreiche Abrechnungen mit dem Marxismus aus christlich-konservativer Sicht auffallen; vgl. etwa *Ludek Pachmann*, Gott lässt sich nicht verbannen. Meine Erfahrung mit dem Marxismus, Freiburg/Br. 1974; *Günter Rohrmoser*, Marxismus und Menschlichkeit, Freiburg/Br. 1973; gleichzeitig mit dem Start der Reihe »Initiative« im Herder-Verlag begann der Klett-Verlag mit einer ebenfalls einflussreichen kleinen Reihe »Edition Alpha«, die der Klärung von theoretischen Problemen des Konservatismus gewidmet war; vgl. etwa *Johannes Kleinstück*, Verfaulte Wörter. Demokratie – Modernität – Fortschritt, Stuttgart 1975; vgl. auch das Themenheft der *Zeitbühne* (6, 1977, H. 10) »60 Jahre roter Macht«.

59 Vgl. *Axel Schildt*, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 10.

60 Vgl. den Artikel »Criticón« in: *Caspar von Schrenck-Notzing* (Hrsg.), Lexikon des Konservatismus, Graz 1996, S. 114-115.

61 Vgl. etwa *Klaus Motschmann*, Dialog zwischen Christentum und Marxismus?, in: *Konservativ heute* 7, 1976, S. 100-105; *Jens Motschmann/Helmuth Matthies* (Hrsg.), Rotbuch Kirche, Stuttgart 1976; unter den Autoren von *Konservativ heute* befanden sich neben einigen jüngeren auch zahlreiche prominente konservative Autoren der Adenauer- und sogar der Weimarer Zeit, etwa Pascual Jordan, Karl Anton Prinz Rohan, Hans Sedlmayr, Georg F. Stadtmüller, Frank Thiess und Gottfried Treviranus. Etliche Publizisten, etwa Caspar von Schrenck-Notzing, verteilten ihre Artikel auf mehrere der konservativen Zeitschriften.

62 Die *Zeitbühne* meldete in einem Editorial im ersten Heft des Jahrgangs 1974 eine Druckauflage von 21.000 Exemplaren und 18.000 Abonnenten; im September 1974 wurde die Druckauflage verdoppelt; eine regelmäßige Mitarbeit war vereinbart worden mit u.a. Bruno Bandulet (Redakteur der Tageszeitung *Die Welt*), Ernst Forsthoff, Otto von Habsburg, Pascual Jordan, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Winfried Martini, Hans Georg von Studnitz.

63 *Ernst Forsthoff*, Der Staat der Industriegesellschaft, 2. Aufl., München 1972 (1971); vgl. auch *Ivan Illich*, Die Gesellschaft in den Fängen der Bedürfnismacher, *Scheidewege* 6, 1977, S. 565-572.

wurde Mitte der 1970er-Jahre der 1969 in den Bundestag gewählte Herbert Gruhl bekannt.⁶⁴ Allerdings zeigte der Austritt dieses dezidiert konservativen Schriftstellers aus der CDU 1978, dass der ökologisch begründete Konservatismus in der Union kaum eine Heimstatt besaß.⁶⁵

Ein untrügliches Zeichen für die zunehmende Akzeptanz konservativen Denkens war die wachsende Attraktivität und rasche Rehabilitierung des Konservativen als eines »verrufenen Begriffs«⁶⁶, den nach dem Zweiten Weltkrieg Konservative selbst weitgehend vermieden hatten. Nicht nur Bundeskanzler Helmut Schmidt⁶⁷, sondern auch sogenannte Wertkonservative in der entstehenden grünen Bewegung und in der Sozialdemokratie wie Erhard Eppler, der Philosoph Günther Anders und der Schriftsteller Heinrich Böll, reklamierten nun den Begriff »konservativ« für ihre jeweilige Ideenwelt.⁶⁸ Zwar verfolgten sie andere Interessen und hatten andere Positionen als die konservative Opposition auf der rechten Seite, aber der semantische Durchbruch der traditionellen Begrifflichkeit selbst war durchaus als Indiz einer deutlichen Veränderung des Meinungsbildes in der Öffentlichkeit zu werten, der von dezidierten Konservativen befriedigt zur Kenntnis genommen wurde.⁶⁹ Der Anteil der Befragten bei einer Erhebung des Allensbacher Instituts im März 1975, die meinten, die Charakterisierung einer Partei oder eines Menschen als konservativ bedeute etwas Positives, war jeweils höher als der Anteil derjenigen, die dies als negative Kennzeichnung empfanden.⁷⁰

Eine eigene Analyse würden in diesem Zusammenhang die literarischen Phänomene der 1970er-Jahre verdienen, wobei sich hier wohl zwei Strömungen, zeitlich leicht versetzt, überschneiden. Auf der einen Seite das Vordringen marxistischen und sozialistischen Gedankenguts auf dem Buchmarkt, befördert durch namhafte bürgerlich-liberale Verlage bis zur Mitte der 1970er-Jahre⁷¹, auf der anderen Seite, und zwar zum Teil durch die gleichen Verlage transportiert, zu eben diesem Zeitpunkt das Aufblühen einer »neuen Subjektivität«, irrationalistischer und esoterischer Strömungen. Einen sensationellen Erfolg – sieben Auflagen innerhalb eines halben Jahres – erzielte der feministische »Wandlungs- und Umkehrroman« von Karin Struck, die sich darin als Arbeitertochter im linken Lager vorstellte und eine »Neue Sensibilität«, gekennzeichnet von Unmittelbarkeit, Gefühlsbetontheit und Ungehemmtheit propagierte.⁷²

Wie unter den Professoren lassen sich auch unter den Literaten nicht wenige finden, die solche neuen zeitgeistigen Tendenzen artikulierten, etwa Hans Magnus Enzensberger, Peter Schneider oder Botho Strauß. In einem Band der Reihe *rororo-aktuell resü-*

64 *Herbert Gruhl*, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Hamburg 1975.

65 Ebenso wenig allerdings bei der neuen Partei Die Grünen, von denen sich Gruhl bereits im Gründungsprozess wieder trennte; vgl. *Joachim Raschke*, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993; *Daniel Hildebrand*, Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung, Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 10, 2003, S. 325-332.

66 *Gerhard Storz*, Konservativ – ein Schimpfwort. Zur Rehabilitierung eines verrufenen Begriffs, in: *Stuttgarter Zeitung*, 16.1.1971.

67 Ausschnitt aus einer Rede vor dem Überseeclub Hamburg, in: Bericht aus Bonn, ARD, 9.5.1974.

68 Vgl. *Schildt*, Konservatismus, S. 247.

69 *Matthias Walden*, Die Wiederentdeckung des Konservativen, *Konservativ heute* 6, 1974, S. 274-278.

70 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976. Hrsg. von *Elisabeth Noelle-Neumann*, Wien etc. 1977, 76.

71 Vgl. dazu den Beitrag von Adelheid von Saldern in diesem Band.

72 *Karin Struck*, Klassenliebe, Frankfurt/Main 1973; vgl. die Charakterisierung von *Jost Hermand*, Die Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965-1985, München 1988, S. 504 f., 555; dort auch zum Umfeld.

mierte Martin Greiffenhagen: »Immer länger wird die Reihe jener ursprünglich liberalen Intellektuellen, welche ihre Bekehrung zum Konservatismus vor aller Welt verkünden, öffentlich für ihre linken Ideen Abbitte tun und mit dieser spektakulären Wende breite Publizität finden.«⁷³ Und die liberale Wochenzeitung *Die Zeit* brachte es auf den Punkt: »Man trägt wieder konservativ.«⁷⁴ Der Zulauf von Intellektuellen aus dem liberalen und sozialdemokratischen Lager wurde von Konservativen vereinzelt sogar als bedenklich bewertet. Armin Mohler sprach abschätzig von einem durch 1968 bedingten »Bäumchen-wechsle-Dich«⁷⁵ ehemaliger Sozialdemokraten und Liberaler, von dem keine substantielle Stärkung der eigenen Position zu erhoffen sei. Mohler argumentierte dabei aus einer in den 1970er-Jahren minoritären Position, aber konsequent in Analogie zu Vorstellungen der »Konservativen Revolution« der 1920er-Jahre: »Ich bin der Überzeugung, dass die Konservativen den von der Linken kommenden Renegaten das Tor weit öffnen, vor den liberalen Renegaten es jedoch versperren sollten. Warum? Der Linke hat sich die Finger verbrannt; er weiß, worum es geht. Der Liberale jedoch weiß nicht, dass er selber derjenige ist, der das Feuer gelegt hat (wüsste er es, so wäre er ja ein Linker geworden). Der Linke bringt Methoden und Härte mit, die wir brauchen können. Der Liberale schleppt Bazillen und seine Unbelehrbarkeit mit ein.«⁷⁶

IV. ERFOLGE UND DIFFERENZEN: DIE UNIONSPARTEIEN

Die Unionsparteien erzielten seit Beginn der 1970er-Jahre durchweg eindrucksvolle Siege bei verschiedenen Landtagswahlen, am spektakulärsten in Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern.⁷⁷ Aber vor einer erneuten Übernahme der Macht im Bund stand zunächst die Anerkennung der ratifizierten Ostverträge. Dieser Aufgabe unterzog sich Helmut Kohl in seiner ersten Rede als Parteivorsitzender der CDU auf ihrem Bonner Parteitag am 12. Juni 1973 – seine Aussagen hierzu waren knapp und erfolgten in der Mitte einer langen Rede, aber sie waren unmissverständlich: »Rechtskräftig abge-

73 *Martin Greiffenhagen*, Neokonservatismus in der Bundesrepublik, in: *ders.* (Hrsg.), *Der neue Konservatismus*, S. 7-22, Zitat: S. 7.

74 *Rolf Zundel*, Man trägt wieder konservativ (Leitartikel), *Die Zeit*, Nr. 13 vom 29.3.1974.

75 *Armin Mohler*, Deutscher Konservatismus seit 1945, in: *Gerd-Klaus Kaltenbrunner* (Hrsg.), *Die Herausforderung des Konservatismus. Absage an Illusionen*, Freiburg/Br. 1974, S. 34-53, Zitat: S. 49; zu Lübke vgl. *Robert Lederer*, *Neokonservative Theorie und Gesellschaftsanalyse*, Frankfurt/Main 1979, S. 28 ff.

76 *Armin Mohler*, Die Kerenskis der Kulturrevolution. Zur Invasion APO-geschädigter Liberaler ins konservative Lager, *Criticon* 5, 1974, S. 23-27, Zitat: S. 25; vgl. als kritische Auseinandersetzung mit dieser Position und als Plädoyer für eine Strömungsvielfalt innerhalb des Konservatismus *Gerd-Klaus Kaltenbrunner*, *Tendenzen der Tendenzwende*, *Konservativ heute* 6, 1975, S. 115-123.

77 Die spektakulärsten Landtagswahl-Erfolge hatte die CDU in Hessen und Baden-Württemberg sowie die CSU in Bayern aufzuweisen. In Hessen erhielt die von Alfred Dregger explizit als konservative Partei geführte Union 1970 39,7% (gegenüber 26,4% 1966), 1974 waren es 47,3%; in Niedersachsen erhielt die CDU 1971 45,7% (gegenüber 41,7% 1967) und steigerte diesen Anteil auf 48,8% 1974. Hier wurde Ernst Albrecht Ministerpräsident. In Baden-Württemberg erhielt die CDU 1972 mit 52,9% (gegenüber 44,2% 1968) zum ersten Mal die absolute Mehrheit. Hier war die Integration der Wählerschaft der NPD (die 1968 noch 9,8% erhielt und 1972 eine Wahlempfehlung für die CDU abgab) besonders deutlich. Bei der Landtagswahl 1976 erreichte die CDU mit 56,7% noch einmal einen erheblichen Zuwachs; auch in Bayern hatte die CSU 1970 mit 56,4% zum ersten Mal die absolute Mehrheit im Land erreicht (gegenüber 48,1% vier Jahre zuvor), und auch in Bayern konnte die CSU bei der Landtagswahl 1974 noch einmal – auf 62,1% – zulegen; vgl. detailliert *Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss*, *Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch*, München 1991, S. 157 ff.

schlossene Verträge binden auch uns, denn wir sind eine Verfassungspartei.«⁷⁸ Ähnlich drückte sich bekanntlich – in lateinischer Sprache – Franz Josef Strauß aus. Mit der Anerkennung der neuen außenpolitischen Realitäten, die gegen den Ratschlag etlicher konservativer Publizisten vorgenommen wurde⁷⁹, war die erste Voraussetzung des Wiederaufstiegs der Union zur Regierungsmacht in Bonn erfüllt.

Die Einigung über konservative Konzepte, Strategien und über taktische Fragen – dies hing kaum trennbar zusammen – erwies sich dagegen als äußerst kompliziert. Das fing schon an bei der Frage des grundsätzlichen ordnungspolitischen Entwurfs, bei dem zwei Ideen mehr nebeneinander standen als dass sie diskutiert worden wären. Auf der einen Seite stand das Plädoyer für eine Begrenzung des Politischen auf die staatliche Sphäre und gegen die »Tendenz der Politisierung aller Lebensbereiche«⁸⁰, die als Strategie der Linken angesehen wurde; in diesem Zusammenhang wurde vor einer Überforderung der Marktwirtschaft durch eine ausufernde Sozialpolitik gewarnt⁸¹ und für eine »Entsozialisierung«⁸² und die Aufnahme liberaler Wirtschaftsauffassungen in das konservative Gedankengut geworben.⁸³ Die Gegenübersetzung von staatlichen Sozialleistungen, deren Steigerung Investitionen in die Wirtschaft verhindern würden, malte Jürgen Eick, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, nicht nur in den Leitartikeln dieser Zeitung, sondern auch in einem Buch aus, in dem er den »Gewerkschaftsstaat« als drohende Gefahr der Zukunft beschwor.⁸⁴ Eine Allensbacher Erhebung ermittelte, dass der Anteil der Befragten, die der Überzeugung waren, die Gewerkschaften hätten in der Bundesrepublik zuviel Einfluss, von 26 Prozent (1973) auf 44 Prozent (1974) angestiegen war.⁸⁵

Einer solchen Position nüchterner Umverteilungspolitik von unten nach oben stand auf der anderen Seite die Bemühung um eine eigene Konzeption gegenüber, die unter dem Leitbegriff der »neuen sozialen Frage« von den sogenannten Modernisierern der CDU, in der Presse häufig auch als »Kohlianer« bezeichnet, vorangetrieben wurde.⁸⁶

78 Helmut Kohl, Aufbruch in die Zukunft. Rede auf dem 21. Bundesparteitag der CDU in Bonn am 12. Juni 1973, in: *ders.*, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973-1993. Hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993, S. 37-55, Zitat: S. 50; die in diesem Band dokumentierten Reden Kohls von 1973-1977 (ebd., S. 37-188) vermitteln einen guten Überblick über die programmatischen Schwerpunkte dieser Phase; vgl. auch Alexander Gauland, Helmut Kohl. Ein Prinzip, Berlin 1994, S. 21 ff.

79 Vgl. etwa den Leitartikel von Otto B. Roegele, Um die Zukunft der Union. Das deutsche Volk braucht eine bessere Opposition, Rheinischer Merkur, Nr. 20 vom 18.5.1973; die zentrale Passage lautete: »In der Außenpolitik darf sich die Opposition nicht von der Neurose lähmen lassen, die sie aus ihrem Jein zu den Ostverträgen davongetragen hat. Die These, dass künftig nur solche Gruppen in Bonn Politik zu machen vermöchten, die diesen Verträgen zugestimmt hätten, ist völlig unsinnig.«

80 Manfred Hättich, Der Begriff der Politik, in: *Bossle*, Konservative Bilanz, S. 13-20, Zitat: S. 17.

81 Vgl. etwa Horst Sander, Investitionen – Kern der Sozialen Marktwirtschaft, in: *Bossle*, Konservative Bilanz, S. 275-313.

82 Wolfgang Götzer, Entsozialisierung: Mehr Freiheit – weniger Bürokratie, in: ebd., S. 621-624; vgl. Heinzgeorg Neumann, Vom Irrwahn der »sozialen« Demokratie, in: *Zeitbühne* 8, 1979, S. 8-14; Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Der unterdrückte Selbständige, in: ebd., S. 14-21.

83 Johann Heinrich von Brunn, Liberale Wirtschaftsauffassungen im Rahmen konservativen Gedankenguts, *Konservativ heute* 7, 1976, S. 3-5.

84 Jürgen Eick, Wie man eine Volkswirtschaft ruinieren kann, Frankfurt/Main 1974.

85 Vgl. Siegmund Mosdorf, Gewerkschaftsstaat oder Klassenstaat? Der Neokonservatismus und sein Popanz vom Gewerkschaftsstaat, in: *Greiffenhagen/Scheer*, Gegenreform, S. 142-156, hier: S. 153.

86 Dazu zählten u.a. Norbert Blüm, Kurt Biedenkopf, Heiner Geißler und Roman Herzog; vgl. die Personenartikel in *Becker u.a.*, Lexikon; zum innerparteilichen Umbruch aus der Sicht des abgelösten Parteivorsitzenden Rainer Barzel, *Geschichte aus der Politik. Persönliches aus meinem Archiv*, Frankfurt/Main 1987, S. 150 ff.; vgl. auch Frank Bösch, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002, S. 108 ff.

Deren Katalog umfasste »die schwierige Stellung der Frau mit ihrer oft unerträglichen Mehrfachbelastung von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und Haushaltsführung, die Wahrung der Menschenwürde im Alter, die Lage der Gastarbeiter, die soziale Sicherung älterer Selbstständiger, die Probleme der Kinder in einer Welt der Erwachsenen, die Frage der Erziehungsfähigkeit unserer Familien und die Schwierigkeiten von Behinderter und Alleinstehenden. Hinzu kommen Probleme wie die Zerstörung der Umwelt, inhumane Stadtplanungen, familienfeindliche Wohnungen und das Phänomen gesellschaftlich bedingter Krankheiten.«⁸⁷ Als »CDU plus Staat plus wachsende Randgruppen gegen die organisierte Ware Arbeitskraft« (letztere verkörperte die überlebte alte soziale Frage) – auf diese knappe Formel wurde die Neue Soziale Frage vom langjährigen Landesvorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD Jochen Steffen gebracht.⁸⁸

Aber damit wurde die vielfältige Anschlussfähigkeit und Attraktivität der Konzeption der Neuen Sozialen Frage unterschätzt. Die Parteinahme für die schwächsten, da nicht durch Organisationen geschützten Teile der Gesellschaft, für ältere Menschen und berufstätige Mütter, der spezielle Einsatz für die vom »Libertinismus ebenso wie vom Totalitarismus« bedrohte Familie⁸⁹, der nicht zuletzt den Beifall der Kirchen finden musste, die auf einen allgemeinen Konsens bauende Stellungnahme gegen seelenlose Stadt- und Infrastrukturplanungen und die Andeutung ökologischer Sensibilität – all dies war geeignet, die CDU als Partei sozialer Empathie zu profilieren. Noch dazu wurden Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht brachial attackiert, sondern ihnen wurde gönnerhaft attestiert, historische Verdienste (im 19. Jahrhundert) gehabt zu haben, aber nun seien sie nicht mehr zeitgemäß. Auf hohem Niveau widmete sich z.B. der 1973 zum Generalsekretär der CDU bestimmte Kurt H. Biedenkopf diesem Argumentationsstrang.⁹⁰ Den Geländegewinn in der öffentlichen Meinung, den die programmatischen und organisatorischen Modernisierungsbemühungen der CDU – sie wandelte sich in den 1970er-Jahren mit einer mehr als verdoppelten Zahl der Beitragszahler auf ca. 700.000 von einer Honoratioren- zur Mitgliederpartei⁹¹ – einbrachten, gestanden die Linken in der Sozialdemokratie unumwunden ein. In der Einleitung zum Rowohlt-Bändchen »Die Gegenreform« hieß es: Die »mageren Ergebnisse der sozialliberalen Reformpolitik, der Einigungsnotstand der Koalition in zentralen Fragen der Wirtschaftsverfassung und die neuen programmatischen Sirenentöne der CDU hinterlassen bei vielen den Eindruck, als

87 Unsere Politik für Deutschland. Vorlage des Bundesvorstands zum 23. Bundesparteitag der CDU, 23.-25.6.1975, Mannheim, hektographiertes Material, S. 33; vgl. zur programmatischen Diskussion die Dokumentation von *Richard von Weizsäcker* (Hrsg.), CDU. Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik (genehmigte Originalausgabe der Bundesgeschäftsstelle der CDU), Gütersloh 1977; ferner *Wulf Schönbohm/Günther E. Braun* (Hrsg.), CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen, München 1981.

88 *Jochen Steffen*, Weitermachen trotz Besserwissen, in: *Greiffenhagen/Scheer*, Gegenreform, S. 37-68, Zitat: S. 50; vgl. *Bösch*, S. 34 ff.

89 *Bruno Heck*, Die Bedeutung der Familie für den Menschen und für das Zusammenleben in Gesellschaft und Staat, in: *Bossle*, Konservative Bilanz, S. 315-326, Zitat: S. 326; Heck – ein »Mann der Adenauerzeit« (*Bösch*, S. 101), musste allerdings 1971 den Posten des Bundesgeschäftsführers der CDU abgeben.

90 *Kurt H. Biedenkopf*, Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie, München 1974; vgl. ideologiekritisch *Hermann Scheer*, Der Mythos des Privaten. Kurt H. Biedenkopfs Funktion für die »neue« CDU, in: *Greiffenhagen*, Der neue Konservatismus, S. 171-185.

91 Vgl. *Hans-Otto Kleinmann*, Geschichte der CDU 1945-1982, Stuttgart 1993, S. 364 ff.; ferner *Wolfgang Falke*, Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU 1971-1977, Berlin 1982; *Hans-Jürgen Lange*, Responsivität und Organisation. Eine Studie über die Modernisierung der CDU von 1973-1989, 2 Bde., Marburg 1994; *Bösch*, S. 214 ff.

dränge ein moderner Neokonservatismus mit neuem Elan und gut bestückt mit Konzepten zurück an die Regierungsmacht«. ⁹² Und tatsächlich unterlag der Kanzlerkandidat der Union, Helmut Kohl, in der Bundestagswahl 1976 nur äußerst knapp und hatte mit 48,6 Prozent für die CDU/CSU gegenüber der vorhergehenden Wahl einen Zugewinn von 3,7 Prozent erzielt.

Diese Niederlage wurde von der konservativen Publizistik in den folgenden Jahren als Beleg für die schon lange beklagte Macht der Medienmacher empfunden, die das Volk letztlich um den verdienten politischen Wechsel betrogen hätten. Eine zentrale und in intensivierter Form erfahrungsgesättigte Einsicht der Konservativen bezog sich nicht nur auf die Frage der öffentlichen Meinungsführerschaft, sondern nutzte dieses Thema selbst wiederum zu wirksamer Propaganda gegen die angebliche »wachsende Klassenherrschaft der Sinnproduzenten«, die als drohenhafte »Priesterkaste« das nützlich arbeitende Volk manipulierten. ⁹³ Die Nestorin deutscher Demoskopie Elisabeth Noelle-Neumann, die hinter den Kulissen die unionsgeführten Regierungen vor Brandt und nach Schmidt beraten hat, legte ihre Thesen zur »Schweigespирale« vor, wonach die von der empirisch ermittelten Erwartung der Bevölkerung abweichende journalistische Meinung vor allem in den öffentlich-rechtlichen Sendern zum hauchdünnen Sieg der SPD/FDP-Koalition in der Bundestagswahl 1976 beigetragen habe. ⁹⁴

Das konservative Urmisstrauen gegen die angeblich mehrheitlich linken Fernseh- und Rundfunkredakteure verstärkte sich in den 1970er-Jahren beträchtlich. Die Vorstellung eines linksmanipulatorischen Medienverbundes von Westdeutschem Rundfunk und Rowohlt-Verlag bis zum *Stern* und von Norddeutschem Rundfunk und Suhrkamp-Verlag bis zum *Spiegel* und zur *Zeit*, der als Multiplikator der Ideen der »Frankfurter Schule« die »Ideologiesehnsucht« ⁹⁵ vor allem der jungen Generation befriedige, vorgetragen im Duktus des Tabubruchs angesichts dieser Konstruktion einer links uniformierten Medienlandschaft, dominierte in jenen Jahren immer stärker die politische Meinung. Der Journalist Johannes Gross behauptete: »Heutzutage sind es vor allem die linken Ideologen, welche die Öffentlichkeit okkupieren und jede gegenläufige Tendenz in die Illegitimität abdrängen möchten.« ⁹⁶ Der Widerspruch, dass solche Thesen gerade von Journalisten transportiert wurden, die sehr präsent und wirkungsmächtig in der Öffentlichkeit agierten, wurde selbstverständlich nicht kommuniziert, am wenigsten in der vielgesehenen Fernsehsendung »ZDF-Magazin« von Gerhard Löwenthal, die für die Bekämpfung der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik, internationale Themen wie die Propaganda für das Militärregime in Chile ⁹⁷, für die Agitation des Bundes Freiheit

92 *Greiffenhagen/Scheer*, Gegenreform, S. 7.

93 *Helmut Schelsky*, Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1975, S. 267; vgl. *ders.* Der selbständige und der betreute Mensch. Politische Schriften und Kommentare, Stuttgart 1976.

94 *Elisabeth Noelle-Neumann*, Die Schweigespирale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, München 1980, S. 228 ff.; vgl. zur Analyse dieser Bundestagswahl mehrere Artikel in Heino Kaack/Reinhold Roth (Hrsg.), Parteien-Jahrbuch 1976. Dokumentation und Analyse der Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland im Bundestagswahljahr 1976, Meisenheim am Glan 1979. – Vgl. hierzu den Beitrag von Anja Kruke in diesem Band.

95 *Eschenburg*, 242.

96 *Gross*, S. 226.

97 Die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Allende-Regierung und die Gloriole für Pinochet als Retter vor dem Kommunismus war ein besonderes Anliegen zahlreicher konservativer Publizisten und Politiker; vgl. aus einer Unzahl von Artikeln *Bruno Bandulet*, Wie war es in Chile, *Zeitbühne* 3, 1974, H. 1, S. 31-36; *Lothar Bossle*, Von Hitler zu Allende. Gebrochene Verfassungsgarantien wie 1933 – auf der Straße des Leichtsinns, *Rheinischer Merkur*, Nr. 20 vom 16.5.1975; vgl. *Heinz Karst*, Dem Fernsehen ins Stammbuch. Wenn Castro Pinochet wäre, *Zeitbühne* 8, 1979, H. 1, S. 24-27; *Hans Graf Huyn*, Affront gegen Chile, in: ebd., H. 12, S. 55-58.

der Wissenschaft und auch für konservative Anliegen rechts der Union ein zuverlässiges Medium darstellte.⁹⁸

Angesichts der hoch gesteckten Erwartungen verschärfte sich untermittelbar nach der Bundestagswahl 1976 der Streit um die Führung und die angemessene Strategie zwischen CDU und CSU. Dabei unterschied sich die bayerische Schwesterpartei nicht hinsichtlich der Affirmation technisch-lebensweltlicher Modernisierung von der CDU; in der virtuos-Präsentation einer Synthese von Radioteleskop und Dorfkirche⁹⁹ ließ sich die CSU nicht übertreffen. Aber im Blick auf die Strategie zur Rückgewinnung der Macht hatte Franz-Josef Strauß bereits in seiner Sonthofener Rede im November 1974 – sie war durch eine Indiskretion im März 1977 publik geworden¹⁰⁰ – dafür plädiert abzuwarten, bis die sozial-liberale Regierung angesichts der wirtschaftlichen Krisenlage endgültig abgewirtschaftet habe, um dann als einzige Alternative wahrgenommen zu werden und die Bundesregierung allein und unbelastet von einem etwaigen liberalen Koalitionspartner zu übernehmen.¹⁰¹ Die Schraube müsse sich noch weiter nach unten drehen, so Strauß, bis man das anwenden könne, »was wir als Rezept für notwendig halten«.¹⁰²

Seit Anfang 1976 warb eine »Aktionsgemeinschaft Vierte Partei« (AVP) in der überregionalen Presse für eine Partei, die bundesweit für die Ziele der CSU kämpfen sollte.¹⁰³ Nach Umfragen des Wickert-Instituts wurden sechs Prozent der Bundesbürger als Wählerschaft für eine solche Formation ermittelt.¹⁰⁴ Die Position der CDU-Führung, die vor allem auf die Möglichkeit setzte, die Liberalen mittelfristig aus der Umklammerung mit der Sozialdemokratie zu lösen – dies war 1976 bei der überraschenden Wahl von Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten in Niedersachsen und der nach einer Schamfrist vereinbarten Koalition von CDU und FDP gelungen –, wurde von Franz Josef Strauß strikt abgelehnt. Dies war der sachliche Hintergrund des sogenannten Kreuther Beschlusses am 19. November 1976, mit dem die CSU die seit Bestehen des Bundestags existierende Fraktionsgemeinschaft aufkündigte. Nach dramatischen Krisensitzungen und der Drohung der CDU, im Falle einer Ausweitung der CSU über

98 Infratest bescheinigte dem ZDF-Magazin 1974 eine Einschaltquote von 20%; vgl. *Günther Rager*, Die ewige Wiederkehr des Gleichen. Zur Informationsverarbeitung in Gerhard Löwenthals ZDF-Magazin, in: *Greiffenhagen*, Der neue Konservatismus, S. 78-89.

99 *Jaromír Balcar*, Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945-1972, München 2004, S. 355.

100 Dokumentiert in *Ursula Kaack*, Konfrontationsstrategien und Polarisierung des Parteiensystems, in: *Heino Kaack und Ursula Kaack* (Hrsg.), Parteien-Jahrbuch 1975. Dokumentation und Analyse der Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975, Meisenheim am Glan 1978, S. 250-271, hier: S. 256-266.

101 Vgl. *Günter Mächler*, CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976, S. 172 ff.

102 Referat des Landesvorsitzenden Dr. h.c. Franz Josef Strauß auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18. und 19.11.1974, npv-Buch und Zeitschriftenverlag Kiel 3/1975, S. 3.

103 Konzeptionell vorgestellt von *W.S.S.* [= William S. Schlamm], Gift, Galle und Vierte Partei, *Zeitbühne* 3, 1974, H. 12, S. 5-10; vgl. über die diversen »CSU-Freundeskreise« und Parteigründungsdiskussionen während der 1970er-Jahre den gut informierten Artikel von *Richard Stöss*, Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei, in: *ders.* (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 1, Opladen 1983, S. 336-366.

104 Vgl. *Görtemaker*, S. 698; zur Diskussion darum in der Union vgl. *Kleine Geschichte der CDU*. Hrsg. von der *Konrad-Adenauer-Stiftung*, Stuttgart 1995, S. 118; *Kleinmann*, S. 398 ff.; auch der rechtsextreme Rand des politischen Spektrums zeigte sich von dieser Idee angetan; vgl. *Robert Dexheimer*, Am Anfang einer neuen Bewegung, in: *Deutsche Annalen. Jahrbuch des Nationalgeschehens* Bd. 6, Leoni am Starnberger See 1977, S. 16-29; eine Warnung gegen die Werbung der CSU, des »bayerischen Gummilöwen«, im rechtskonservativen Lager trug dagegen zeitig vor *Armin Mohler*, Die CDU und wir (November 1974), in: *ders.*, *Tendenzen für Fortgeschrittene*. Criticon-Bücherei 1, München 1978, S. 15-22.

Bayern hinaus ihrerseits im Alpenland als Partei aufzutreten, wurde der Kreuther Beschluss zwar vom Landesvorstand der CSU zurückgezogen, aber die Verstimmung in der Union blieb noch geraume Zeit bestehen.

V. DIE »INNERE SICHERHEIT« ALS ZENTRALES THEMA KONSERVATIVER STRATEGIE

Zum konservativen Themenarsenal gehörte zentral und von Beginn an die Propaganda zur Eindämmung der von den Universitäten 1967/68 ausgegangenen Revolte, die als trojanisches Pferd des Kommunismus erschien. Die Gründung des bereits erwähnten Bundes Freiheit der Wissenschaft 1970 bildete dabei nur einen der ersten organisatorischen Ansätze darauf gerichteter revolutionsprophylaktischer Argumentation. Zu einem Schwerpunkt der Auseinandersetzung entwickelte sich bald darauf die Praxis des sogenannten Radikalen- bzw. Extremistenerlasses, die von linken und linksliberalen Intellektuellen in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland besorgt kommentiert wurde, etwa als »le Berufsverbot« in Frankreich.

Zustande gekommen war dieser Erlass durch eine gemeinsame Initiative von Bundeskanzler Willy Brandt und der Ministerpräsidenten der Länder, die am 28. Januar 1972 demonstrativ bekräftigten, dass verfassungsfeindliche Bewerber nicht in den öffentlichen Dienst gelangen und insbesondere nicht verbeamtet werden sollten.¹⁰⁵ Neues Recht wurde damit nicht geschaffen. Während die Bundesregierung und die sozialdemokratisch und sozialliberal regierten Länder lediglich ein unmissverständliches Signal geben wollten, dass die Entspannungspolitik gegenüber den osteuropäischen Ländern und der DDR nicht zu einer Gemeinsamkeit mit den Kommunisten und anderen links von der SPD stehenden Kräften in der Bundesrepublik führen werde, nutzten die von CDU und CSU geführten Landesregierungen den Radikalenerlass allerdings als Instrument einer allgemeinen Drohpolitik gegenüber gesellschaftsverändernden Kräften links der SPD und gleichzeitig dazu, die liberalen und sozialdemokratischen »Bündnispartner« der Kommunisten anzuprangern. Zudem fanden sich in konservativen Blättern immer wieder, mehr oder weniger direkt, Forderungen nach einem Verbot der DKP.¹⁰⁶ Die Legitimität repressiver Maßnahmen wurde auch begründet vor dem Hintergrund eines angeblich stetigen Vormarsches der Ideologen aus Moskau und Ost-Berlin, gegen deren »psychologische Offensiven« eine »verwirrte Jugend« »kaum noch feste Verteidigungslinien« besitze.¹⁰⁷

Während die sozialliberalen Regierungen die regelhafte Überprüfung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst bald einstellten, behielten die von der Union geführten Länder dieses Instrument bis in die 1980er-Jahre hinein bei. Dabei konnten CDU und CSU darauf bauen, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihrer harten Haltung in dieser Frage stehen würde. In einer Erhebung des Allensbacher Instituts für Demoskopie im Juli 1974 sprachen sich 47 Prozent der Befragten dagegen aus, dass ein fachlich gut geeigneter Lehrer, der aber Mitglied der DKP wäre, in den öffentlichen Dienst eingestellt würde, nur 31 Prozent waren dafür.¹⁰⁸ In der Öffentlichkeit wurde das Problem

105 Vgl. *Hagen Weber*, Verfassungstreue im öffentlichen Dienst. Dokumentation und Kritik politischer Justiz und Rechtslehre zur politischen Meinungsfreiheit des Beamten, Königstein/Taunus 1979; *Thomas Ellwein/Ralf Zoll*, Berufsbeamtentum. Anspruch und Wirklichkeit, Opladen 1973.

106 Vgl. etwa *Friedrich Graf von Westfalen*, DKP – eine »revolutionäre Kampfpartei«. Bonn gegenüber Verfassungsfeinden untätig, Rheinischer Merkur, Nr. 19 vom 12.5.1972.

107 *Willi Schickling*, Kann das freie Deutschland kommunistisch werden? Rheinischer Merkur, Nr. 26 vom 30.6.1972.

108 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976, S. 98; allerdings zeigte sich bei dieser Frage ein krasses Altersgefälle, denn das Pro und Contra war in der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen genau umgekehrt verteilt als beim Durchschnitt der Bevölkerung, und mit ansteigendem Bildungsniveau sank die Befürwortung der Position einer harten Haltung gegenüber den Kommunisten.

des Radikalenerlasses zu einem permanenten Streitpunkt. Während Kritiker eine Aushöhlung der Demokratie sowie Ausbreitung von Duckmäusertum durch die flächendeckenden Regelanfragen und geheimdienstlichen Ausforschungen der linken Szene befürchteten und mindestens einen deutschen McCarthy oder Metternich das Haupt erheben sahen¹⁰⁹, attackierten konservative Politiker und Publizisten nicht nur die Kritiker, indem etwa der Begriff der »Berufsverbote« als »Giftwort« und »Geniestreich linksradikaler Sprachverfälschung« gekennzeichnet wurde¹¹⁰, sondern auch die sozialliberalen Regierungen in Bund und Land, die mit ihrem Zurückweichen vor den »Feinden der Freiheit« – gemeint war vor allem der Verzicht auf die Regelanfrage beim Verfassungsschutz – den »Konsens der Demokraten« aufkündigen würden.

Die Bedeutung der Auseinandersetzungen um den Radikalenerlass lag nicht darin, dass viele Tausende von Bewerbern zurückgewiesen worden wären – im Verhältnis zur Zahl der Überprüfungen bewegte sich der Anteil der abgelehnten Personen im Promillebereich –, aber durch die ständige Präsenz der Problematik in der Öffentlichkeit konnten symbolische Gefechte mit einiger Wirkung geführt werden. Ein Nebeneffekt war die Entfremdung der jungen kritischen Intelligenz von der Sozialdemokratie, die für das Zustandekommen der »Berufsverbotepolitik« verantwortlich gemacht wurde, etwa angesichts der spektakulären Zurückweisung sogar von Kindern ehemals verfolgter jüdischer Kommunisten, aber auch einiger linker Sozialdemokraten und ungebundener Linker. Der Haupteffekt aber war ein atmosphärisch spürbarer, wenngleich nicht genau zu bemessender Verlust an politischer Liberalität in der Bundesrepublik.

Das Thema der Eindämmung revolutionärer Gefahren verwob sich in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre immer stärker mit dem Szenario zunehmender Kriminalität in der Gesellschaft. Zahllose Leitartikel in konservativen Blättern artikulierten die These: »Der Kampf gegen die Kriminalität ist auch eine Existenzfrage für den Staat.«¹¹¹ Herbert Kremp klagte die angeblich weit verbreitete »Mode der Epoche« an, »das Verbrechen gesellschaftspolitisch zu motivieren und zu relativieren«.¹¹² Die Konstruktion einer solchen Verbindung – sie wies historisch weit zurückreichende Traditionen auf – wurde unter dem zeitgenössischen Begriff der »inneren Sicherheit« einer Broschüre der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg aus dem Jahr 1976 zufolge »zum zentralen Thema der politischen Gegenwart«. Nach einer INFAS-Umfrage vom Februar 1976 rangierte demnach dieser Problembereich nur noch hinter dem Bemühen nach »langfristiger wirtschaftlicher Sicherheit« (75 Prozent) mit 69 Prozent an zweiter Stelle der als am wichtigsten angesehenen Themen, noch vor dem »Bemühen um soziale Sicherheit«.¹¹³

109 Vgl. *Martin Greiffenhagen*, Zurück zu Metternich? Radikale und Verfassungsfeinde im demokratischen Rechtsstaat, in: *Greiffenhagen/Scheer*, Gegenreform, S. 68-81; *Theo Sommer*, Eine Demokratie von Duckmäusern? Verfassungstreue und Gesinnungsschnüffelei, *Die Zeit*, Nr. 25 vom 13.6.1975.

110 *Helmut F. Bärwald*, Giftwort »Berufsverbote« und Innere Sicherheit, Würzburg 1978, S. 9; dagegen griff den Vorwurf des McCarthyismus in einer Hommage an den US-Politiker offensiv auf *William S. Schlamm*, »Hexenjagd« und »Berufsverbot«. Erinnerungen an Senator McCarthy, *Zeitbühne* 6, 1977, H. 4, S. 8-11.

111 *Bruno Waltert*, Mit dem Verbrechen leben? (Leitartikel), *Die Welt*, 30.8.1971.

112 *Herbert Kremp*, Der Wahn der Epoche (Leitartikel), *Die Welt*, 15.1.1972; als Protagonisten der kritisierten Verharmloser des Verbrechens werden hier u.a. der Schriftsteller Heinrich Böll und der amtierende Bundespräsident Gustav Heinemann genannt; ähnlich *Otto B. Roegele*, Mit dem Terror leben? Was für die innere Sicherheit geschehen muss, *Rheinischer Merkur*, Nr. 37 vom 15.9.1972; *Anton Böhm*, Die Saat der Gewalt, in: ebd., Nr. 32 vom 10.8.1973.

113 *Helmut Bilstein/Sepp Binder*, Innere Sicherheit, Hamburg 1976, S. 5, 7; vgl. *Hans Josef Horchem*, Die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, in: *Bossle*, Konservative Bilanz, S. 493-508.

Da dieser Befund nicht auf eine dramatische Entwicklung der Kriminalstatistik zurückging, ist – vor dem Hintergrund gewachsener wirtschaftlicher Unsicherheiten am Ende des Nachkriegsbooms und politisch-kultureller Irritationen durch die Studentenbewegung – nicht zuletzt nach der Rolle der Massenmedien für diese Wahrnehmung zu fragen. In einem Leitartikel schrieb der Publizist Matthias Walden, hier als Beispiel für zahlreiche ähnliche Kommentare angeführt: »Der Weg der radikalen Weltverbesserer führt in die Kriminalität. [...] Namhafte Verlage hatten den Stoßtrupps der Brachialideologen durch Paperbacks des revolutionären ›New Look‹ und Pamphlete wider die bestehende Ordnung zum Anschein der Seriosität verholten.«¹¹⁴ Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie zeigten seit 1973, dass jeweils eine relative Mehrheit der Meinung war, dass »sozialistische Strömungen« in der Bundesrepublik stärker werden und sich schließlich durchsetzen würden, was eine gleichzeitig wachsende und 1977 bereits überwältigende Mehrheit für eine existenzielle Gefahr hielt.¹¹⁵

Der Zusammenhang von allgemeiner Kriminalität und politischer Gefahr wurde immer wieder beschworen, wobei auch letztere als durchaus facettenreiches Syndrom galt. In einer Artikelserie in der Tageszeitung *Die Welt* wurde das Szenario folgendermaßen umrissen: »Auf deutschem Boden beginnt sich ein heimlich geführter Untergrundkrieg zu entwickeln. Nahost-Partisanen, revolutionäre Gruppen der deutschen ›Neuen Linken‹ und auch Geheimdienste des Ostblocks bereiten in der Bundesrepublik einen subversiven Konflikt vor«; von den »Großstädten des Ruhrgebiets« war in diesem Zusammenhang als von »Deutschlands Pripjetsümpfen« die Rede¹¹⁶; bald nach dieser Serie legte Herbert Kremp mit einer weiteren Serie unter dem Titel »Der Terror und die Hilfe mit Herz und Hand« über die »lange Vorgeschichte des Terrorismus« nach, die nicht nur der Geschichte des vereitelten Pudding-Attentats und der Kaufhausbrandstiftung galt, sondern vor allem auf die angeblichen bürgerlichen Fürsprecher des Terrorismus zielte. In einer Folge mit dem Titel »Bürger, Bonzen, Bomben« wurde unter einem großen Foto von Alexander Mitscherlich dieser assoziationsreich als »verstehender Psychologe« vorgestellt, die Wochenzeitung *Die Zeit* und die Illustrierte *Stern* als Organe der Verständnisweckung für den Terrorismus kritisiert, und unter einem Bild von Heinrich Böll hieß es: »Ansichten eines Clowns«. Böll predige »Haß auf den Staat« und »Haß gegen die Gesellschaft«. Horst Mahler, zunächst Anwalt, dann Mitglied der Roten Armee Fraktion, wurde in der letzten Folge der Serie als Zeuge für deren Botschaft mit der Aussage zitiert: »Die Unterstützung ist größer als erwartet.«¹¹⁷ Umgekehrt wurde die Bundesrepublik immer wieder in grellen Farben als »ein schwacher Staat« ausgemalt, dem der »Willen zum Widerstand gegen Umsturz und Verbrechen« fehle. Die Schwäche des Staa-

114 Matthias Walden, Revolutionsende mit Schrecken (Leitartikel), *Die Welt*, 8.12.1971.

115 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973, S. 345; vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976, S. 78 f.; Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976-1977, S. 68.

116 Horst G. Tolmein, Der psycho-politische Krieg hat schon begonnen, *Die Welt*, 4.3., 6.3., 7.3., 8.3., 10.3.1972; Zitate aus den Folgen vom 4.3. und 7.3.1972.

117 Herbert Kremp, Der Terror und die Hilfe mit Herz und Hand, *Die Welt*, 29.5., 30.5., 31.5., 1.6., 2.6., 3.6., 5.6.1972; Zitate aus den Folgen vom 29.5., 2.6., 3.6., 5.6.1972; in einem ganzseitigen Artikel des *Rheinischen Merkurs* bezeichnete Paul Wilhelm Wenger die Terroristen als »Protektionskinder Heinrich Bölls« und beschuldigte den Rowohlt-Verleger, »im Vollgenuß des Komforts seit Jahren ein schmutziges Geschäft mit der Massenproduktion einer Sprengstoff-Literatur« zu machen; Paul Wilhelm Wenger, Der Terror regiert. Nicht erst die Bomben machen den Rechtsstaat zur Farce, *Rheinischer Merkur*, Nr. 22 vom 2.6.1972; Heinz Karst nannte in einem Artikel »Quellgründe des Terrorismus. Die Fanatiker der Zerstörung haben viele Ahnen im Geiste«, *Rheinischer Merkur*, Nr. 43 vom 28.10.1977, neben den Anarchisten des 19. Jahrhunderts u.a. Alexander Mitscherlich und Jean Amery, die durch unverantwortliche Kritik den Boden der Gewalt bereitet hätten.

tes bringe den »linken anarchistischen oder marxistischen Radikalismus« überhaupt erst hervor.¹¹⁸

Der Terrorismus der 1970er-Jahre war zwar ein Phänomen kleiner gewalttätiger Gruppen wie der »Roten Armee Fraktion« oder der »Bewegung 2. Juni«, die selbst innerhalb der linksradikalen Bewegung nach 1968 weitgehend isoliert blieben.¹¹⁹ Aber die spektakulären Kommandounternehmen, in der Regel auf die Freipressung einsitzender »Genossen« gerichtet, schienen eben die Anfänge eines Bürgerkriegs zu illustrieren, dessen Dimensionen bis zur Möglichkeit, dass sich die Terroristen in den Besitz einer Atombombe bringen könnten, weidlich auch von seriösen Blättern ausgemalt wurden.¹²⁰ Je höher die Alarmstufe gesehen wurde, desto radikaler erfolgte der Ruf nach einer grundsätzlichen geistigen Umkehr in der Innenpolitik. Eine Stellungnahme des hessischen CDU-Vorsitzenden Alfred Dregger nach der Entführung seines Berliner Parteifreundes Peter Lorenz fasste die konservativen Forderungen prägnant zusammen: Die »Innere Sicherheit« dürfe »nicht nur eine Sache der Justiz und der Polizei« sein, sondern habe auch »eine geistige, eine moralische und politische Dimension«, die Gefahr dürfe »nicht verniedlicht«, sondern müsse »drastisch geschildert werden«. Die Terroristen seien nicht als »Freischärler oder Sozialrevolutionäre«, sondern als »gemeingefährliche Kriminelle« zu charakterisieren, die »Krieg gegen unser Volk führen« und als »Verbrecher ... gejagt werden« müssten; »Kommunisten und andere Systemgegner gehören nicht in den öffentlichen Dienst«; die Verteidiger der Terroristen müssten überwacht und nötigenfalls von der Advokatur ausgeschlossen werden, kurz und knapp: »Das Law- and Order-Geschwätz muß aufhören.«¹²¹

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung votierte bei einer Befragung des Allensbacher Instituts für Demoskopie im August 1976 für eine Todesstrafe gegen Terroristen.¹²² Der »deutsche Herbst« des Jahres 1977 mit seinen Schlüsselszenen – Schleyers Entführung und Ermordung, Mogadischu, Stammheim – markierte bekanntlich den Höhepunkt dieses Diskurses. In jenen 44 Tagen eines informellen Ausnahmezustandes¹²³ wurden aus dem von der Bundesregierung unter Beteiligung von Spitzenpolitikern der Opposition gebildeten Krisenstab sogar Vorschläge laut, die Gefangenen der RAF nötigenfalls wie Geiseln zu behandeln. Dem bizarren Manichäismus der Terroristen wurde

118 *Friedrich Graf von Westfalen*, Die Bundesrepublik – ein schwacher Staat, Rheinischer Merkur, Nr. 46 vom 12.11.1970.

119 Eben die Attraktivität der terroristischen Gruppen für Mitglieder von maoistischen Zirkeln behauptete Der Spiegel, Nr. 43, 1977: »Mord beginnt beim bösen Wort«; eine Durchsicht von deren Publizistik lässt dies nicht bestätigen.

120 *Willy Lützenkirchen*, Die »hausgemachte« Atombombe. Wenn Terrorgruppen spaltbares Material in ihre Hand bringen, Rheinischer Merkur, Nr. 43 vom 25.10.1974; entgegen der reißerischen Überschrift wurde in dem ganzseitigen Artikel im Übrigen eher Entwarnung gegeben; ein ganzes Heft widmete die Zeitschrift *Zeitbühne* (4, 1978, H. 4) dem Thema »Terroristen, Atombombe und Rechtsstaat«.

121 *Alfred Dregger* (MdB CDU), Innere Sicherheit durch einen starken Staat, Deutschland Union Dienst, Bonn, 17.3.1975; mit »Law-and Order-Geschwätz« war die Kritik an eben der von ihm vorgetragenen Argumentation gemeint; vgl. die Dokumentation *Angriff auf unsere Demokratie*, hrsg. von der *Hanns-Seidel-Stiftung*, München 1974.

122 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976-1977, S. 74; 55% (58% der Männer, 52% der Frauen) votierten für die darauf bezogene Todesstrafe, 29% dagegen; interessanterweise fand sich dagegen bei der Frage nach der Todesstrafe generell im Februar 1977 eine relative Mehrheit dagegen (ebd., S. 75).

123 Vgl. die Dokumentation der Bundesregierung zur Entführung von Hanns-Martin Schleyer, München 1977; *Iring Fetscher*, Terrorismus und Reaktion, Frankfurt/Main 1977; *Ein deutscher Herbst. Zustände 1977*, Frankfurt/Main 1997.

in einer partiell hysterisierten Öffentlichkeit¹²⁴ nicht selten mit Kategorien des Bürgerkriegs und einer Entgrenzung polizeilicher Gewalt begegnet. Die Forderung und Durchführung von Gesetzesverschärfungen und Fahndungsmaßnahmen war äußerst populär¹²⁵, und diese bezogen sich längst nicht allein auf die Terroristenabwehr im engeren Sinne, sondern etwa auch auf Einschränkungen des Demonstrationsstrafrechts, der Erweiterung des strafrechtlichen Begriffs der Propagierung von Gewalt, der Veränderung des Beamtenrechts usw.

Das sozial-liberale »Lager« befand sich hier angesichts der eindeutig artikulierten vox populi in einer defensiven Position und musste sich massiver Vorwürfe erwehren, der Terrorismus habe sich durch das permissive Meinungsklima und die nachlässige Haltung der Bundesregierung – dies wurde assoziativ ineinander verwoben – überhaupt erst entfalten können. Eine Rede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger im Bundesrat Ende September 1977 mag als typisch gelten. Ursächlich für den Terrorismus sei eine »lange Reihe von [...] schwerwiegenden Fehlentwicklungen: die teilweise von amtlicher Seite geförderte Konfliktpädagogik, die Fehlinterpretation unseres gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens durch führende Schriftsteller, die feinsinnigen Unterscheidungen zwischen Gewalt an Personen und Gewalt gegen Sachen, die Philosophen und Theologen angestellt haben, das Verständnis gegenüber Gewalttätern, das in manchen Medien und in Zeitschriften zu finden ist, die Verkehrung der Sicht, die darin liegt, dass man nur auf die Täter starrt und über die Opfer hinwegsieht [...], die Weiterverbreitung des sogenannten Buback-Nachrufs durch bestimmte Professoren und bestimmte Jugendorganisationen, die unter dem heuchlerischen Vorwand, für Informationen sorgen zu wollen, eine unglaubliche Schmähung eines Ermordeten durchgeführt haben.« Die Bundesregierung sei der »Schmähung unseres demokratischen Gemeinwesens« als »Formaldemokratie« nicht entgegen getreten, und sie habe die »Entwicklung des Extremismus« am Rand der eigenen Parteien – also SPD und FDP – nicht verhindert.¹²⁶

Erklärt wurden die Unterlassungen der sozial-liberalen Regierung damit, dass »zu viele Sympathisanten des Terrors [...] von einem schlaffen Staat« profitierten. Es sei kein Zufall, dass der »Buback-Nachruf« des »Mescalero« in der »Sex-Postille *Das da* abgedruckt« worden sei, dem »regelmäßigen Verlautbarungsorgan der SPD-Linken«.¹²⁷ »Wann verlieren die Terroristen ihre Privilegien«, fragte Paul Wilhelm Wenger im *Rhei-*

124 Die Kritik an der Hysterisierung durch die Medien vgl. etwa bei *Rudolf Augstein*, Buback und Traube, *Der Spiegel*, Nr. 17, 1977, S. 18.

125 Auf die Vielzahl von Veränderungen strafrechtlicher Bestimmungen kann hier nicht eingegangen werden; vgl. u.a. die Titelgeschichten: Stark genug, den Krieg zu erklären?, *Der Spiegel*, Nr. 38, 1977, S. 17-31; Fall Schleyer: »Die Dramatik muß raus«, *Der Spiegel*, Nr. 39, 1977, S. 21-33; »Die Sache geht an die Eingeweide«, *Der Spiegel*, Nr. 41, 1977, S. 19-22; Der rampo- nierte Rechtsstaat, *Der Spiegel*, Nr. 50, 1977, S. 32-59; eine interessante Skizze über die Genese der Radikalisierung in der Auseinandersetzung um den Terrorismus liefert *Michael Sturm*, »Da- zwischen gibt es nichts«. »Bewaffneter Kampf« und Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepu- blik am Anfang der 1970er Jahre, *Sozialwissenschaftliche Informationen* 32, 2003, H. 2, S. 47-59.

126 Protokoll der 449. Sitzung des Bundesrates vom 30.9.1977, S. 230; vgl. *Georg Stadtmüller*, »So- lidarität der Demokraten« – ein Feigenblatt, *Konservativ heute* 6, 1975, S. 184-188; die These, dass »antiautoritäre Erziehung« notwendigerweise zur Entstehung von Gewalt führe, entwickelte etwa der Hamburger Psychologe Peter R. Hofstätter auf einem CDU-Fachkongress zu den Ur- sachen des Terrorismus; ganzseitiger Abdruck des Referats im *Rheinischen Merkur*, Nr. 50 vom 16.12.1977.

127 *Walter Bajohr*, Wie Maden im Speck, *Rheinischer Merkur*, Nr. 32 vom 12.8.1977. Bei *Das da* – *Avanti* handelte es sich um eine von Klaus Rainer Röhl herausgegebene Nachfolgezeitschrift von *Konkret*.

nischen Merkur.¹²⁸ Im Sündenkatolog der «nahezu verbrecherischen Leichtfertigkeit» der Bundesregierung, so stellte er im gleichen Blatt fest, »steht auch die traurige Tatsache, dass bis zur Stunde die vom Dutschke-Buch ausgelöste riesige terroristische Literatur nicht eingezogen und eingestampft worden ist«.¹²⁹ Schon in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre erschienen in konservativen Blättern nicht nur zahllose Artikel über die von den Jungsozialisten ausgehenden revolutionären Gefahren; auch die Liberalen sah man mit »Siebenmeilenstiefeln auf dem Weg in das kollektivistische Verhängnis«.¹³⁰

Der Übergang vom linken Rand des Verfassungsbogens zum politischen Terrorismus wurde als ebenso fluide wie die »Kritische Theorie« der »Frankfurter Schule« als ursächlich für die gewalttätigen Exzesse dargestellt. In einer Rede zur 500-Jahr-Feier der Universität Tübingen führte der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger aus: »Hier wurden die Schleusen geöffnet für die ideologische Umdeutung unserer freiheitlichen Demokratie in ein formales System, das lediglich zur Verschleierung von ausbeuterischer Herrschaft diene.«¹³¹ Der Angriff gegen den linken oder linksliberalen »Sympathisanten« als Phänotyp des angeblich dominierenden »Zeitgeistes« ließ sich aus solcher Argumentation unschwer ableiten; personifiziert wurde er vor allem durch Schriftsteller wie Heinrich Böll oder Luise Rinser, die wegen »Sympathisanten-tum« von einer württembergischen Volkshochschule wieder ausgeladen wurde.¹³²

VI. DISKUSSION UM GRUNDWERTE – DIE BILDUNGSDISKUSSION ALS KAMPFFELD

Zahlreiche soziologische Studien thematisierten seit der Mitte der 1970er-Jahre einen sich vollziehenden Wertewandel, wobei die Abkehr von Pflichtwerten und die zunehmende Neigung zur Selbstentfaltung und Individualisierung besonders deutlich hervor-

128 Paul Wilhelm Wenger, Der Staat muß Festigkeit zeigen, Rheinischer Merkur, Nr. 33 vom 19.8.1977.

129 Paul Wilhelm Wenger, Das Minimum an Sicherheit. Der Bandenterror muß gebrochen werden, Rheinischer Merkur, Nr. 11 vom 14.3.1975; zahlreiche Artikel enthielten solche semantischen Anklänge an die Sprache der Partisanenbekämpfung hinter der Ostfront des Zweiten Weltkrieges.

130 Leo Schütze, Die FDP auf dem Weg nach links. Sozialismus – Endziel der Liberalen, Rheinischer Merkur, Nr. 20 vom 14.5.1971.

131 Zit. nach Hans Filbinger, Die geschmähte Generation, München 1987, S. 119; ähnlich Giselher Schmidt, Innere Sicherheit. Schreibtischtäter der Gewalt. Der ideologische Hintergrund der Aktionen linksradikaler Terroristen, Rheinischer Merkur, Nr. 13 vom 28.3.1975; der speziellen Denunziation des Wagenbach-Verlags als Zentrum der geistigen Vorbereitung des Terrorismus galt ein ganzseitiger Artikel von Alfred Schickel, Die rote Saat der Gewalt. Literarische Ursprünge des politischen Terrorismus und des Linksextremismus, Rheinischer Merkur, Nr. 4 vom 23.1.1976.

132 Allerdings artikulierten sich in dieser Situation auch liberale Gegenstimmen; vgl. etwa den roro-aktuell-Band von Freimut Duve/Heinrich Böll/Klaus Staeck (Hrsg.), Briefe zur Verteidigung der Republik, Reinbek 1977; bereits im Erscheinungsmonat (November) erlebte dieses Buch mit mehr als zwei Dutzend Beiträgen namhafter Intellektueller – von Marion Gräfin Dönhoff bis Jürgen Habermas – eine zweite Auflage; umgekehrt kritisierten konservative Blätter die Verwendung von Begriffen wie »Intellektuellenhutz«, »Hexenjagd« und »Verfolgung kritischer Geister« als Versuch des Abwürgens der »Diskussion über die ideologische Herkunft des Terrorismus«; Anton Böhm, Dem Terrorismus an die Wurzeln gehen, Rheinischer Merkur, Nr. 41 vom 14.10.1977.

gehoben wurden.¹³³ Vor diesem Hintergrund setzte eine Wertediskussion ein, die z.T. vornehm im Ton, etwa im Ambiente kirchlicher Akademien, Tendenzunterschiede zwischen den beiden großen politischen Lagern aufzeigte, in gröberer Münze auf die Polarisierung von Pflichtwerten und Hedonismus zulief und sich zusehends verschärfte. In einer programmatischen Rede vor der Katholischen Akademie in Hamburg kritisierte der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl die herrschende Trennung von Grundrechten und Grundwerten, »das Missverständnis des zur Zeit amtierenden Bundeskanzlers, Politik lasse sich auf eine Mischung aus Demoskopie und Technologie verkürzen [...]. Enttäuschte Erwartungen und fehlende geistige Orientierung begünstigen Resignation, Zynismus und Gleichgültigkeit. Der Befund scheint mir eindeutig: In unserer Gesellschaft gibt es viele Hoffnungen, Sehnsüchte und Sinnfragen.«¹³⁴ Das entstandene geistig-moralische Vakuum sollte gefüllt werden mit einem »von den Kirchen tradierten Menschenbild«, und es wurde darauf abgehoben, dass heute eine »rigorose Verwirklichung der Gleichheit [...] den Menschen um sein Recht auf Individualität« bringe¹³⁵.

Kohls Rede war nicht zuletzt vorbereitet worden durch ein »Wort der deutschen Bischöfe zu Orientierungsfragen unserer Gesellschaft«, das die Schwächung von Ehe, Familie und ehrenamtlichem Engagement auch darauf zurückführte, dass »Bildungsziele und -inhalte in den Schulen« nicht mehr genügend durch die »Grundwerte unserer Gesellschaft« bestimmt würden. Unverkennbar gebe es »Tendenzen, eine bestimmte ideologisch geprägte Auffassung von Mensch und Gesellschaft in Richtlinien und Curricula zu verankern und Lehrern und Schülern nahezubringen. [...] Manche wollen durch Klassenkampf eine angeblich gerechtere Ordnung schaffen.«¹³⁶ Solche Argumentationslinien zielten assoziativ auf zwei Gefahren, die unschwer zu verknüpfen waren. Zum einen wiesen konservative Kommentatoren auf den erwähnten postindustriellen Wertewandel hin, der – zumindest bei einer Minderheit der gebildeten Schichten – immer stärker Werte der individuellen Daseinsverwirklichung vor Pflicht- und Gemeinschaftswerte treten lasse – »die bürgerlichen Werte sinken ab«¹³⁷ –, zum anderen seien linke Ideologen am Werk, die eben diese Auflösungstendenzen mit klassenkämpferischen Strategien beförderten. Den Versuch einer philosophiegeschichtlichen Synthese versuchte Günter Rohmoser: »Die Kulturrevolution ist in ihrem Prinzip geschichtsnihilistisch, in ihren Methoden anarchistisch und in ihren Zielen hedonistisch. Sie lässt den Ausgang des Experiments offen: Entweder anarchistische Auflösung der Gesellschaft oder kollektivistisch

133 Vgl. repräsentativ die im Auftrag der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel erstellte Studie von *Peter Kmieciak*, Wertstrukturen und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten, Göttingen 1976; große Beachtung fand am Ende des Jahrzehnts die Übersetzung des international vergleichenden Überblicks von *Robert Inglehart*, Die stille Revolution. Vom Wandel der Werte, Königstein/Taunus 1979.

134 *Helmut Kohl*, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Grundlagen und Auftrag unserer Politik. Rede vor der Katholischen Akademie in Hamburg am 13. Juni 1976, in: *Günter Gorschenek* (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977, S. 52-64, Zitat: S. 53.

135 Ebd., S. 63, 64.

136 Ein Wort der deutschen Bischöfe zu Orientierungsfragen unserer Gesellschaft vom 7.5.1976, dok. in ebd., S. 133-145, Zitat: S. 140 f.; vgl. in diesem Band auch weitere Dokumente vor allem von katholischer Seite; vgl. auch *Fritz Ossenhühl*, Freiheit im Dienen. Das Grundrecht der Eltern muß wieder aus der Defensive, Rheinischer Merkur, Nr. 10 vom 10.3.1978.

137 *Elisabeth Noelle-Neumann*, Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft, Zürich 1978, S. 10; nicht zuletzt ein »Verfall der Arbeitsfreude« (ebd., S. 59) wurde diagnostiziert.

totalitäre Kontrolle.«¹³⁸ Nicht selten wurde in diesem Zusammenhang der Gedankengang vorgetragen, dass es nicht genüge, dem Ansturm des »Neomarxismus« bzw. der »Kritischen Theorie«, den »Kritischen Rationalismus« entgegenzustellen. Das sei eine »Scheinalternative«, weil er eben nichts weiter darstelle als »einen bloßen Formalismus, ein schematisch-methodisches Rahmenprogramm mit einem starren Regelkanon«.¹³⁹ Dem »Elend der kritischen Theorie« sei nur mit einer – konservativ konnotierten – christlichen Position zu begegnen.¹⁴⁰

Dieser philosophische Diskurs lässt sich unschwer auf die referierte Position von Helmut Kohl in der Wertedebatte beziehen, zumal der politisch angegriffene Kanzler Helmut Schmidt tatsächlich als Basis seines Tuns eine Linie von Kant bis Popper konstruierte.¹⁴¹ Dass aber der Wertewandel in Richtung Individualisierung wies und nicht nur die Zahl der Kirchgänger, sondern auch der politisch und gewerkschaftlich engagierten Menschen verminderte, wurde erst ein Jahrzehnt später so recht deutlich.

Es war kein Zufall, dass sich das hauptsächliche Kampffeld der Wertediskussionen auf das Bildungswesen verlagerte, wurde doch hier von Konservativen zum einen die wesentliche Keimzelle allen linken Übels in den 1970er-Jahren verortet und zum anderen ein Feld betreten, auf dem sich eine diskursive Meinungsführerschaft herstellen ließ.¹⁴² In seinen Erinnerungen stilisierte sich etwa der vormalige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag und 1979 als Bundespräsident gewählte Karl Carstens zum wackeren parlamentarischen Streiter wider die »sogenannte kritische oder emanzipatorische Erziehungstheorie«, besonders aber wider die teilweise verfassungswidrigen »sogenannten Rahmenrichtlinien für das Unterrichtsfach Gesellschaftskunde« in Hessen, NRW und Niedersachsen. Die Herabsetzung von Ehe und Familie, der Aufruf zum »Bruch der Gesetze« durch die Erörterung von Zivilcourage, unkritische Propaganda für den Marxismus könnten nur dazu führen, »revolutionäre Fanatiker oder revolutionäre Träumer« heranzuziehen.¹⁴³ In einem »Offenen Brief« der konservativen Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den Evangelischen Kirchen Deutschlands an die Kultusministerien wurde ein »tiefgreifender Einbruch des anarchistischen Neomarxismus in unsere Gesellschaft, vor allem in Gestalt der ›Kritischen Theorie‹ der Frankfurter Schule« konstatiert, der eine Zuspitzung durch die Bildungspolitik in vielen Ländern erfahre.¹⁴⁴ Ein breiter Strom konservativer Literatur gegen Verwissenschaftlichung, Intellektuellenherrschaft und emanzipatorische Bildungsreformen¹⁴⁵ trieb in den 1970er-Jahren einem spektakulären Höhepunkt öffentlicher Aufmerksamkeit entgegen.

138 Rohrmoser, *Zeitzeichen*, S. 449.

139 Hans-Georg Roth, *Der freiheitliche Wissenschaftsbegriff*, in: *Bossle, Konservative Bilanz*, S. 49-56, Zitat: S. 53.

140 Günter Rohrmoser, *Das Elend der kritischen Theorie. Theodor W. Adorno – Herbert Marcuse – Jürgen Habermas*, 3. Aufl., Freiburg/Br. 1973 (1970), S. 85.

141 Vgl. das Vorwort von *Helmut Schmidt* in: *Georg Lührs* (Hrsg.), *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie*, Berlin etc. 1975.

142 Philipp Gassert, *Hochschulreform und Bildungskrise: Zur christdemokratischen Bildungspolitik in Baden-Württemberg in den 1960er- und 1970er-Jahren*. Referat auf dem Historikertag in Halle 2002. Unveröffentlichtes MS, S. 6. Für Abstract vgl. URL: <www.historikertag2002.uni-halle.de/programm/5_18.shtml> [23.03.2004].

143 *Karl Carstens*, *Erinnerungen und Erfahrungen*. Hrsg. von *Kai von Jena* und *Reinhard Schmoeckel*, Boppard am Rhein 1993, S. 449 f. (die Belege von Carstens datieren aus dem Jahr 1974).

144 Dokumentiert in *Konservativ heute* 8, 1977, S. 233-235.

145 Vgl. etwa *Wolfgang Brezinka*, *Die Pädagogik der Neuen Linken – Analyse und Kritik*, Stuttgart 1972; *Hans Maier*, *Zwischenrufe zur Bildungspolitik*, Osnabrück 1972; *Schelsky*, *Arbeit*; *Theodor Wilhelm*, *Jenseits der Emanzipation*, Stuttgart 1975.

Am 9. und 10. Januar 1978 tagte in Bonn ein Forum, dessen Thema zum Kampf fröher konservativer Gesellschaftspolitiker wurde: »Mut zur Erziehung«.¹⁴⁶ Das Vortragsprogramm enthielt vor allem die üblichen Namen der Streiter für eine »Tendenzwende«, darunter die Philosophen Nikolaus Lobkowitz, Hermann Lübke und Robert Spaemann¹⁴⁷, die Politikwissenschaftler Alexander Schwan und Kurt Sontheimer, die Historiker Golo Mann und Thomas Nipperdey sowie den Soziologen Friedrich H. Tenbruck. Unter den Organisatoren spielte der baden-württembergische Kultusminister Wilhelm Hahn, ein Theologe und profilierter Bildungsexperte, eine tragende Rolle.¹⁴⁸ In seinem Einleitungsreferat umriss Lobkowitz das Feindbild, ein seit zehn bis fünfzehn Jahren laufendes und längst gescheitertes, nur noch von willfähigen »Massenmedien« propagiertes »verhängnisvolles Bildungsexperiment«, das, geboren aus Ideologien »meist marxistischer Herkunft«, auf die »Emanzipation von nahezu allem ziele, was uns als Wirklichkeit umgibt«. Der einmalige Revolutionsakt werde dabei ersetzt durch »Dutzende punktueller Widerspenstigkeiten und Aufsässigkeiten«, durch nicht einzulösende Ansprüche, Kritik an »jeder Autorität, an jeder Norm, an allem Vorgegebenen; Gehorsam, Demut, Bescheidenheit, Geduld, nicht zuletzt auch Höflichkeit und jede Art Achtung gegenüber anderen«; Erfahrungen würden als »unwissenschaftlich, Tradition als reaktionär, sittliche Überzeugungen als systemstabilisierend« diffamiert¹⁴⁹.

Robert Spaemann assistierte, dass in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre »der moralische Konsens« weitgehend zusammengebrochen sei und baute einen spezifisch konservativen Ansatz weiter aus, der schon von Lobkowitz angedeutet worden war. Demnach lebe die »kapitalistische Wirtschaftsform« von »Residuen vorkapitalistischer Art.« Wenn hingegen nur nach »Gewinnmaximierung bei geringstmöglichem Einsatz« gestrebt werde, gehe nichts mehr. Solche Residuen, der Gedanke des Dienstes z.B. bei Lehrern und Krankenschwestern, seien in der Öffentlichkeit der »Lächerlichkeit preisgegeben« worden und angesichts der »Medienabhängigkeit des Normalbürgers« sei die »radikal-emanzipatorische Kulturrevolution«, aus der wiederum der Terrorismus entspringe, auf siegreichem Wege.¹⁵⁰ Im engeren Sinne galt die Anklage der Kritischen Theorie, insbesondere ihren antiautoritären »Sinnproduzenten« in der Erziehungswissenschaft¹⁵¹, im weiteren Sinne dem Zurückweichen der Liberalen und Sozialdemokraten, die der »Ideologie der Neuen Linken« zu einer »Legitimitätskonzession« verholfen hätten.¹⁵²

Auch die Organisatoren von »Mut zur Erziehung« legten – wie schon der Bund Freiheit der Wissenschaft – Wert auf ein pluralistisches Erscheinungsbild. So wurde dem Er-

146 Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg, Stuttgart 1978.

147 Vgl. zu diesem katholischen Kritiker der Moderne und zu der von ihm um die 1979 gegründete Zeitschrift *Civitas* gescharten Gruppe *Claus Leggewie*, *Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin 1987, S. 153-172; *G. Lohmann*, *Neokonservative Antworten auf moderne Sinnverluste*, in: *Richard Faber* (Hrsg.), *Konservatismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 1991, S. 183-201.

148 Vgl. als Information zur Person *Jörg-Dieter Gauger*, Hahn, Wilhelm, in: *Becker u.a.*, *Lexikon*, S. 260-261; zur bedeutenden Rolle von Wilhelm Hahn für die Formulierung konservativer Bildungspolitik in den 1970er-Jahren vgl. auch *Gassert*, *Hochschulreform*.

149 *Nikolaus Lobkowitz*, Einleitungsreferat, in: *Mut zur Erziehung*, S. 7-15, Zitate: S. 7, 8, 11.

150 *Robert Spaemann*, *Die Herausforderung*, in: ebd., S. 16-34, Zitate: S. 22-24.

151 *Kurt Aurin*, *Erziehungstheorie – eine Bilanz*, in: ebd., S. 35-57, Zitat: S. 45.

152 *Hermann Lübke*, *Holzwege der Kulturrevolution*, in: ebd., S. 107-120, Zitate: S. 111.

ziehungswissenschaftler Hartmut von Hentig auf der Tagung das Wort erteilt.¹⁵³ Aber die Botschaft war doch deutlich: eine Generalabrechnung mit den Bildungsreformen seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre. Dazu diente eine im Anhang der Dokumentation veröffentlichte »Erklärung«, die vom »Vorbereitenden Kreis«, Hermann Lübke, Robert Spaemann, Hans Bausch, Golo Mann, Wilhelm Hahn, Nikolaus Lobkowitz, formuliert worden war. Diese Erklärung, ein seltsam zeitloses Bekenntnis gegen alle Ziele der Bildungsemanzipation, wurde in der Öffentlichkeit breit rezipiert; und es bedurfte nicht der Nennung politischer Parteien, um zu wissen, gegen wen es ging und von wem man sich eine Veränderung erhoffte¹⁵⁴, zumal die Unionsparteien das Thema Bildung zu einem ihrer wesentlichen Schwerpunkte erklärt hatten.¹⁵⁵

VII. AM AUSGANG DER 1970ER-JAHRE – VOR DEM MACHTWECHSEL

Die internationalen Rahmenbedingungen veränderten sich am Ende der 1970er-Jahre insgesamt zuungunsten der sozial-liberalen Koalition. Nachrichten aus Rom, London und Washington beflügelten konservative Publizisten. Die Wahl des polnischen Papstes Johannes Paul II. Ende 1978 wurde als Zeichen der konservativen Rekonstruktion katholischer Theologie verstanden, die überkonfessionell ausstrahlte. Der Verleger Axel Springer telegrafierte, nachdem das neue vatikanische Oberhaupt der »Theologie der Befreiung« in Südamerika eine klare Absage erteilt hatte, dankbar nach Rom: »möge Ihr Bekenntnis zum unverletzlichen Glaubensgut seinen Widerhall bei jenen Theologen finden, die, wie da und dort auch in Deutschland, mit ihrer modernistischen Progressivität der Verkündigung des Wortes Gottes schweren Schaden zufügen.«¹⁵⁶ Als Symbol lange vermissten Widerstandswillens wurde der neue Papst aber vor allem im Blick auf die Auseinandersetzungen zwischen streikenden Arbeitern und kommunistischem Regime in Polen aufgefasst, die bald sogar in der Verhängung des Kriegsrechts mündeten. Der Triumph der britischen Tories unter Margaret Thatcher schien eine konservative Offensive im europäischen Rahmen anzukündigen.

Am stärksten aber wirkte die erneute Vereisung im Kalten Krieg nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan Ende 1979, die »Menschenrechtspolitik« des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter, die den Primat der Abrüstung ablöste, und schließlich die Übernahme der Präsidentschaft durch Ronald Reagan, mit der die letzte Runde der

153 Diskussionsbeitrag von *Hartmut von Hentig*, in: ebd., S. 152-159; in einem Beitrag kurz darauf tauchte er die Veranstaltung in ein ideologiekritisches Säurebad; *ders.*, Mut zur Erziehung? Anmerkungen zu einer unpädagogischen Veranstaltung (1978), in: *ders.*, Aufwachsen in Vernunft. Kommentare zur Dialektik der Bildungsreform, Stuttgart 1981, S. 215-236 (zuerst veröffentlicht in *Merkur* Nr. 361, 1978); vgl. *Ulrich Herrmann*, »Mut zur Erziehung«. Anmerkungen zu einer proklamierten Tendenzwende in der Erziehungs- und Bildungspolitik, *Zeitschrift für Pädagogik* 24, 1978, S. 221-234; im Anhang eine Tübinger Erklärung zu den Thesen des Bonner Forums »Mut zur Erziehung«, ebd., S. 235-240.

154 Erklärung, in: *Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum*, S. 163-165; abgedruckt auch in *Konservativ heute* 9, 1978, S. 123-124.

155 Vgl. programmatisch die damalige rheinland-pfälzische Kultusministerin *Hanna-Renate Laurien*, *Konservative Bildungspolitik: Bewahren und Fortschritt*, in: *Bossle*, *Konservative Bilanz*, S. 359-367; eine regionale Nachahmung fand der Bonner Kongress z.B. in der katholischen Erwachsenenbildung Niedersachsen: *Mut zur Erziehung. Referate der vierten Akademietagung des Forum Niedersachsen am 24. Oktober 1979 in Hannover*, Hannover 1980.

156 Telegramm von Axel Springer an Johannes Paul II, 31.1.1979, in: *Springer*, S. 347; vgl. *Erik von Kuehnelt-Leddihn*, *Der Papst und Lateinamerika*, *Zeitbühne* 8, 1979, H. 4, S. 36-41.

Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten eingeläutet wurde.¹⁵⁷ Die internationalen Entwicklungen konnten von Konservativen als Anerkennung ihrer erst wenige Jahre zurückliegenden Warnungen vor einer „Entspannungseuphorie“ gewertet werden. Die Debatten um die NATO-Nachrüstung in der Form des sogenannten Doppelbeschlusses, ein Anliegen des sozialdemokratischen Bundeskanzlers, das von weiten Teilen der Sozialdemokratie nur widerwillig unterstützt wurde, beherrschten zunehmend die westdeutsche Öffentlichkeit und hatten die Entspannungspolitik in den Hintergrund rücken bzw. zur außerparlamentarischen Angelegenheit der neuen Friedensbewegung werden lassen.

Die sogenannte zweite Ölkrise führte zudem dazu, dass die Arbeitslosigkeit erneut beträchtlich anstieg. In rasantem Fall, so ermittelten es die Demoskopien, befand sich schon seit Beginn der 1970er-Jahre der »Glaube an den Fortschritt«; die jährlichen Umfragen im Auftrag der Illustrierten *Stern* wiesen auf eine Halbierung derer, die an den »Fortschritt glaubten«, im Zeitraum von 1972 bis 1978 auf 34 Prozent hin, während gleichzeitig zwei Drittel der Befragten glaubten, dass das Leben für die Menschen immer schwerer werde.¹⁵⁸ Die sozialliberale Aufbruchsstimmung vom Beginn der Dekade hatte sich endgültig verbraucht.

Wenn die Unionsparteien dies zunächst nicht auszunutzen verstanden und der Koalition von SPD und FDP zu einer Verlängerung ihrer Regierungszeit um zwei Jahre verhalfen, dann vor allem wegen der nach wie vor bestehenden Spannungen zwischen CDU und CSU. Stagnation und Verluste bei einigen Landtagswahlen 1978/79 hatten Franz Josef Strauß zwar die Chance gegeben, sich schließlich als Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl 1980 in einer Kampfabstimmung in der Bundestagsfraktion gegen Ernst Albrecht durchzusetzen. Aber die Kandidatur des bayerischen Politikers polarisierte die öffentliche Meinung, »überlagerte« aus konservativer Sicht »Strukturprobleme« und ließ erfolgreich Ängste mobilisieren.¹⁵⁹ Es gelang den Regierungsparteien, eine Schlachtordnung zu imaginieren, in welcher der Norden gegen den Süden und bewährte Liberalität gegen unberechenbaren Fundamentalismus stand.

Die Unionsparteien entsprachen dieser polarisierenden Konstruktion mit ihrer Wahlparole »Freiheit oder Sozialismus« bzw. »Freiheit statt Sozialismus«, die souverän ignorierte, dass Gleichmacherei nun wirklich nicht als Anliegen der sozialliberalen Bundesregierung gelten konnte. Historisch war das Motto der Wahl im Übrigen vor allem von CSU-Politikern mit der auch nicht gänzlich neuen Behauptung untermauert worden, die Nationalsozialisten seien in erster Linie Sozialisten gewesen.¹⁶⁰ Der Wahlkampf der Union endete bekanntlich in einem Fiasko von 44,5 Prozent, wobei fast alle Kommentatoren betonten, dass neben der sozialliberalen Koalition der zweite Sieger der Wahl Helmut Kohl heiße, der mit der bitteren Niederlage seines bayerischen Konkurrenten nun unbestrittener Führer der Opposition geworden sei. Durch den Zerfall der Bonner Regierung konnte er zwei Jahre später ins Kanzleramt einziehen.

157 Seit dem Ende der 1970er-Jahre verstärkte sich die Aufmerksamkeit für den Neokonservatismus in den USA, insbesondere Irving Kristol, unter den deutschen Konservativen spürbar; vgl. etwa *Gerhard W. Goldberg*, *Der Neo-Konservatismus in den USA*, Würzburg 1979.

158 *Stern*, 27.12.1978.

159 *Werner Kaltefleiter*, *Parteien im Umbruch*. Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1983, S. 113 ff.

160 Vgl. als Startschuss dieser Kampagne ein Interview des Generalsekretärs der CSU Edmund Stoiber in der *Frankfurter Rundschau* vom 28.9.1979 und einschlägige Äußerungen von Strauß bei einer Kundgebung in Essen und im Bayerischen Rundfunk, zit. nach Unfug und Unrat, *Der Spiegel*, Nr. 44, 1979, S. 25.

Allerdings zeigte sich angesichts der pragmatischen Kontinuität auf vielen Feldern der Politik in den 1980er-Jahren, die schon angesichts des Verbleibens der Liberalen im Kabinett angelegt war, sehr rasch die Enttäuschung der hochgesteckten Erwartungen des intellektuellen konservativen Umfeldes der Union. Es war nicht zufällig Günter Rohrmoser, der Hausphilosoph des vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger 1979 mit Geldern aus der Industrie gegründeten Studienzentrums Weikersheim, der in den ersten Jahren der Ära Kohl mit bitteren Worten das Ausbleiben der versprochenen geistig-moralischen Wende bedauerte und meinte, die CDU sei »für eine geistige Wende zu schwach«. ¹⁶¹ Wieder einmal hatte es sich gezeigt, dass das Empfinden einer tiefen Hegemoniekrise, wie es am Anfang der 1970er-Jahre der Fall gewesen war, zu einer Erneuerung konservativen Denkens, reger publizistischer Aktivität und erfolgreichen Kampagnen geführt hatte. Aber über den politischen Erfolg, die Durchsetzung der Formation, auf die man seine Hoffnungen gesetzt hatte, mochten sich viele Konservative nicht so recht freuen.

Aus dem Abstand von nunmehr einem Vierteljahrhundert betrachtet, zeigt sich die Fragwürdigkeit gängiger Charakterisierungen der Siebzigerjahre als „sozialdemokratischem“ oder „rotem“ Jahrzehnt, bei denen explizit oder unausgesprochen entweder das formale Kriterium der Existenz einer sozial-liberalen Regierung oder der in der ersten Hälfte der Siebzigerjahre virulenten linksradikalen Strömung in Teilen der jüngeren Generation zugrunde gelegt werden. Im Blick auf die Akzeptanz der Entspannungspolitik, die in Teilen der Bevölkerung populären Forderungen nach Partizipation und Mitbestimmung in zahlreichen Bereichen unter dem Signum der „Demokratisierung“ sowie Ansätzen zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation in Bürgerinitiativen wäre allerdings auch eine schlichte Kennzeichnung der Siebzigerjahre als einer „konservativen Dekade“ defizitär und falsch. Indem der Blick auf die „Tendenzwende“ der Siebzigerjahre gelenkt wird, eröffnet sich vielmehr für künftige Forschungen der Horizont einer komplizierten Gemengelage von Lebensstil- und Wertewandel, gesellschaftlicher Modernisierung, partieller Liberalisierung sowie politischen Interessen- und Deutungskämpfen in dieser Phase der deutschen Zeitgeschichte. Von einer Historisierung der Siebzigerjahre in dieser Perspektive sind wir noch weit entfernt.

161 FR, 30.8.1985; vgl. *Günter Rohrmoser*, Geistiger Umbruch. Bilanz der marxistischen Epoche. Ein Gespräch mit Adalbert Reif, Mainz 1983, S. 42 ff.; *ders.*, Geistige Wende – nur ein Gerücht?, in: *Günter Rohrmoser u.a.*, Wende wohin? Die Deutschen und ihr Weg, Köln 1983, S. 21-50; im Übrigen hatte Rohrmoser schon Ende der 1970er-Jahre gegen eine konservativ-liberale Verbindung polemisiert: »Es ist daher schwer verständlich, wie intelligente, moralisch integre und fest der freiheitlichen Ordnung verbundene Politiker der CDU glauben können, in der Koalition mit der FDP die Rettung für die Bundesrepublik zu finden. Zu diesem Zweck [...] wäre ein Bündnis mit den Sozialdemokraten, die sich Helmut Schmidt verbunden fühlen und den konsequenten Abgrenzungskurs der SPD gegenüber allen Schattierungen des Kommunismus mittragen [...], wesentlich besser geeignet.« (*Rohrmoser*, *Zeitzeichen*, S. 445); zum Studienzentrum Weikersheim vgl. *Leggewie*, *Geist*, S. 49-65.

Forschungsberichte und Rezensionen